

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

73 (26.3.1928)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Arbeiter-Zeitung / Sport und Spiel / Heimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenklub

Bezugspreis monatlich 2.30 Mark o. ohne Juliandum 2 Mark o. durch die Post
2.40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich
vormalige 11 Uhr o. Postfachnummer 2030 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe
L. 2, Wallstraße 28 o. Forum 1020 und 1021 o. Postfachnummer 11611; Durlach, Weiden-
straße 22; Baden-Baden, Friedrichstraße 20; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Cappelstraße 28

Nummer 73 Karlsruhe / Montag, den 26. März 1928 48. Jahrgang

Berühtet für den Kampf

Wir deutschen Sozialdemokraten wissen, daß wir im Mai die Wahlkämpfe zu schlagen haben, deren Ausgang nicht nur das deutsche Volk und für das deutsche Reich die denkbar die Bedeutung sowohl auf inner- wie außenpolitischen Ebene hat, der vielmehr auch die politischen und die wirtschaftlichen Verhältnisse in ganz Europa entscheidend beeinflussen kann.

Wir wissen ferner, daß unsere Gegner in Deutschland, wie politischen und wirtschaftlichen Reaktionen in Europa, die wir erkennen müssen.

Wir wissen, daß in diesem Jahre nicht nur in Deutschland die Wahlkämpfe für die Demokratie, für die Völkerverständigung und für den sozialen Fortschritt gegen die Haus- und Despotie, der nationalstolischen Kriegshetze und die internationalen Blutkriege gerungen wird, sondern auch in Frankreich und in England.

Wir wissen, daß es geradezu lebensnotwendig für die Arbeiterklasse in allen drei Ländern ist, die politische Demokratie zu sichern und fortzuentwickeln, der Arbeiterklasse alle den denkbar größten Anteil an der Staatsmacht zu sichern, damit der soziale Ausbau der Nation vollzogen und neue Kriegsgefahren endgültig gebannt werden können.

Und weil wir das wissen, darum rüsten wir zu einer großen Wahlkämpfe, in der wir siegen wollen.

Die Gegner sind viel zahlreicher als wir, weil noch Millionen von Männern und Frauen, die ihrer Klassenlage nach zur Demokratie gehören, entweder uns feindselig gegenüber stehen, oder, was das gleiche ist, in flüchtigen Indifferenzisten dahin leben, sich selbst, der gesamten Arbeiterklasse und Staat wie der gesellschaftlichen Entwicklung zum schweren Schaden gereichen.

Darum kann ein Erfolg in der Wahlkämpfe nur unter unseren Anstrengungen errungen werden, darum ist nicht höchste Kampfbereitschaft geboten, sondern auch vorbildliche Opfermut, selbstlose Hingabe bis zur allerletzten Minute hingangs.

Die badische Sozialdemokratie hat am Samstag und Sonntag in Forstheim, der Stadt der rastlosen und fleißigen Arbeit, ihre Kraft geprüft, das Heer der sozialistischen Kampfkämpfer gemultert und auch ermutigt, auf welchem Wege und welchen Mitteln wir am sichersten und erfolgreichsten in die Wahlkämpfe einsteigen können, um eine Reihe für den Sieg zu brechen.

Rückschauend auf die organisatorische und agitatorische Tätigkeit seit dem letzten Parteitag, konnte und mußte mit Recht mit gehalten und auch Tadel ausgesprochen werden. Es ist weit mehr und es hätte manchmal auch besser geleistet werden können. Aber, überblickt man die gesamte Tätigkeit der badischen Partei in den beiden letzten Jahren, wobei die schwere Krise 1926 und 1927 in Betracht gezogen werden darf, konstatiert werden, daß die badische Sozialdemokratie durch die Krise nicht nur erfolgreich Stand gehalten hat, sondern auch noch kräftig vorwärts geschritten ist und an ihrem organisatorischen Ausbau gewonnen hat.

Nach bei den Wahlen 1924 lag eine schwere Depression über die Partei — sie ist heute vollständig verschwunden; Zuversichtlicher Mut zur Arbeit und zum Kampfe ist auch bei der Gruppe unserer Partei vorhanden.

Wir sind auch — und zwar sehr verständlicherweise — die großen an unsere Vertreter im Reichstag und im Landtag groß sein, daß man mit ihrer Haltung und Tätigkeit zufrieden war, bewies die einstimmige Wiederaufstellung der drei bisherigen Vertreter im Reichstag, mit der die badischen Genossen, daß n i r g e n d s im Lande ein Einverständnis gegen ihre Wiederaufstellung laut geworden ist. Und ihnen wurden Genossen für den Reichstag präsentiert, die die Arbeit für das Wohl des Volkes und des Staates wie proletarischen Kampfe durchaus erprobt sind, darunter auch eine Stelle der um den innerstaatlichen Aufbau Badens nach Zusammenbruch so hoch verdiente Innenminister und gewaltige Staatspräsident Genosse R e m m e l e, für dessen Kandidatur auch der gleichzeitig für die 4. Stelle mitvorgeschlagene Genosse M a r u m eintritt.

Der Parteitag nahm auch die Aufstellung der Landtagskandidaten für die nächste Landtagswahl vor, weil nur alle Jahre ein Parteitag abgehalten werden soll. Auch hier sind beinahe alle bisherigen Mandatsträger wieder nominiert. In der Aussprache über den Tätigkeitsbericht der Landtagsfraktion wurde von allen Rednern der sozialdemokratischen, zielbewußte und erfolgreiche Wahrnehmung der Aufgaben der werktätigen Bevölkerung.

Die Baden für die Landtagswahlen eine Wahlförderung durch das Land in eine größere Anzahl Wahlkreise eintritt hat, damit die Abgeordneten wieder den Wählern „näher“ werden, traten bei der Kandidatenaufstellung lokale regionale Wünsche selbstverständlich auf. Wie schon vorher Parteiauswahl, war auch im Plenum des Parteitages die Sprache von echt kameradschaftlichem Geiste getragen.

Die proletarische Jugend ist heute in Gruppen in der Partei in den Gewerkschaften und in den Sportverbänden organisiert. Es ist ein großes und wertvolles Ziel, die proletarische Jugend zusammenzufassen. Bis zur Erreichung dieses Zieles ist noch ein weiter Weg; er muß aber gerade auch gefunden werden. Die proletarische Jugend, in einheitliches großes organisatorisches Gebilde zu vereinen, ist ihre Agitations- wie ihre Aktionsfähigkeit außerordentlich zu erhöhen und sie zu einem ungemein wertvollen Glied der Arbeiterbewegung gestalten.

Erste Beachtung verdient auch die auf dem Parteitag gegebene Anregung, einmal zu prüfen, ob die Zerstückelung der Arbeiterkraft in Dutzende von Organisationen nicht befristet werden kann.

Bei der Wahl des Sitzes des Landesvorstandes gab es eine Panne. Zwei Karlsruher Delegierte hatten im Verein mit dreizehn anderen Delegierten den Antrag gestellt, den Sitz von Mannheim nach Karlsruhe zu verlegen. Auch wir sind der Meinung, daß eine solche Verlegung des Sitzes des Landesvorstandes in die Landeshauptstadt sowohl aus organisatorischen wie politischen Gesichtspunkten heraus empfehlenswert ist. Es ist aber nicht angängig, mit einem solchen Antrag, gleichsam wie aus der Pistole geschossen, den Parteitag vor eine Abstimmung zu stellen. Ein solcher Antrag muß doch zunächst von der Parteimitgliedschaft der Stadt erörtert werden, in der der Sitz fortan sein soll. Und es müssen auch, wenn man mit der Annahme des Antrages rechnet, schon bevor er gestellt wird, die nötigen Voraussetzungen für den Fall der Annahme geschaffen sein. Das war aber keineswegs der Fall, denn die Karlsruher Mitgliedschaft hatte keinerlei Kenntnis davon, daß aus ihren Reihen heraus die Sitzverlegung beantragt werden wird.

Nach einer Erklärung des Genossen G e t t von Landesvorstand fand überraschenderweise der Antrag Annahme. Es fehlten sich jedoch sofort Komplikationen heraus, die es geraten erscheinen ließen, den Beschluß wieder rückgängig zu machen. Was dann auch geschehen ist. Ganz allgemein und ohne persönlichen Vorwurf gegen irgend einen Genossen sei gesagt: so wie es in diesem Falle geschehen ist, können organisatorische Änderungen von solcher Bedeutung nicht angefaßt werden.

Zu dem Höhepunkt des Parteitages gestaltete sich das Referat des Abgeordneten Genossen Dr. Hilferding über „Die wirtschaftliche Entwicklung und ihre politischen Folgen“. Genosse Hilferding hat das Kabinetsstückchen fertig gebracht, große wirtschaftliche Probleme gleichzeitig streng wissenschaftlich und so populär zu behandeln, daß auch die Zuhörer, die auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik nicht genügend geschult sind, ein klares Bild gewinnen konnten. In ungemein instruktiver Darstellung zeigte Hilferding die intimen und gegenseitig sich ergänzenden Zusammenhänge zwischen der Wirtschaft und der Politik. Die wirtschaftliche Entwicklung bis zu den gemäßigten kapitalistischen internationalen Zusammenballungen, die ungeheure Wirtschafts-

macht, die daraus entsteht, wie die politische Macht, die damit verbunden ist, trat in eindringlicher Klarheit vor die Augen der Delegierten. Ferner: die Bedeutung der Politik, die auf die Erringung der Macht im Staate oder der einflußreichen Machtteilnahme am Staate hinarbeitet, für die Gestaltung und Regelung der Löhne, der Arbeitszeit und der Kulturentwicklung erfuhr eine treffliche und wertvolle Behandlung. Und was die Macht im Staate, selbst nur die Teilnahme an der Macht gerade für die Arbeiterklasse bedeutet, das haben wir kaum jemals so lehrreich schilbern hören, wie gestern aus Hilferdings Munde. Und was durch jahrzehntelange, opfervolle und planmäßige sozialdemokratische und gewerkschaftliche Arbeit erreicht wurde, wurde geradezu plastisch dargestellt und durch Tatsachen erwiesen. Die Despotie in jeder Form ist zu verwerfen, weil mit ihr erfolgreiche und gute Wirtschaft niemals getrieben werden kann, sondern nur auf dem Boden der Demokratie, der Freiheit. Die politische Freiheit ist in Deutschland errungen, die demokratischen Vorbedingungen für die Anteilnahme an der Staatsmacht sind vorhanden; es liegt allein an der Arbeiterklasse, von der Freiheit den richtigen Gebrauch zu machen und durch sie zur Macht zu gelangen.

Eingehend behandelte Hilferding auch das Problem Sozialdemokratie, Arbeiterschaft und Landwirtschaft. Soll die Landwirtschaft gedeihen, und niemand wünscht das dringender als die Sozialdemokratie, bedarf sie einer kaufkräftigen Masse von Konsumenten. Sie bedarf des Schutzes gegen das sprunghafte Preisbildungsspiel, der besten genossenschaftlichen Organisation. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, dem Landwirt sein Eigentum an Produktionsmitteln zu nehmen, sie will vielmehr die günstigste Entwicklung dieser Produktionsmittel. Nachdem Hilferding noch die Politik des Bürgerblocks und der bürgerlichen Regierungen der letzten Jahre scharf kritisch beleuchtet hatte, schloß er unter kräftigem Beifall mit einem Kampfruf zur kommenden Reichstagswahl.

Politik ist Schicksal! Wirtschaft ist auch Schicksal! Wie sie sich gestalten, das liegt in der Hand der werktätigen Mehrheit des Volkes.

Der Parteitag hat einen guten Verlauf genommen. Die badische Sozialdemokratie ist zum Kampfe gerüstet. Und nun an die Arbeit! Hinein in die Wahlkämpfe!

Wagerees Ergebnis in Genf

Genf, 24. März. In der heutigen Schlusssitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission behauptete der deutsche Vertreter Graf Bernstorff, keine Mittel zu haben, die Kommission zur Stellung des Antrags auf Einberufung der großen Abrüstungskonferenz zu veranlassen. Die deutsche Regierung beabsichtige angesichts der erheblichen Tagung, im Herbst an die Bundesversammlung zu appellieren, damit die bedauerliche Unfruchtbarkeit aufhöre.

Zum Abschluß nahm die Kommission folgende Entschlüsse an: 1. Die Kommission kann fast einstimmig die russischen Totalabstimmungsvorschläge nicht als Diskussionsgrundlage für ihre weiteren Arbeiten annehmen, welche auf der bisherigen Linie fortgesetzt werden sollen. 2. Der deutsche Vorschlag für die Erweiterung der Veröffentlichungen über den Rüstungsstand der einzelnen Länder (gemäß dem letzten Absatz von Artikel 8 des Völkerbundesstatutes) sowie der neue Konventionentwurf zur teilweisen Abrüstung werden zur Kenntnis genommen, der Beachtung der Regierungen unterbreitet und sollen in der nächsten Session der vorbereitenden Kommission beraten werden. 3. Dem Kommissionspräsidenten ist es überlassen, das Datum für die nächste Tagung der Kommission zur Vornahme der zweiten Lesung des einen Konventionentwurfes je nach den Umständen festzusetzen, wozu der Wunsch geäußert wird,

daß dieses Datum, wenn möglich, vor der nächsten Völkerbundsversammlung angelegt werden sollte.

Die abermalige Vertagung der vorbereitenden Abrüstungskommission bedeutet nicht nur für den Abrüstungs-, sondern sogar für den Völkerbundgedanken überhaupt einen ersten Schlag. Die militäristischen wie die bolschewistischen Gegner des Völkerbundes werden nunmehr mit schärferem Spott denn je die Genfer Institution überschütten. Wir Sozialdemokraten sind uns dieser Gefahr bewußt, aber wir werden uns durch diesen Rückschlag schon deshalb nicht entmutigen lassen, weil wir seine Ursachen klar erkennen. Die Wahrheit ist, daß nicht der Völkerbund als solcher schuld an dieser neuen Vertagung ist, sondern die Regierungen der maßgebenden Länder, die im Völkerbund eine führende Rolle spielen, tragen dafür die Verantwortung. Die Wahrheit ist, daß, wie die gesamte auswärtige Politik seit Monaten steht, es unmöglich war, im gegenwärtigen Zeitpunkt einen nennenswerten Fortschritt in dem schwierigen aller außenpolitischen Probleme, in der Abrüstungsfrage, zu erzielen. Die Außenpolitik steht, weil in den wichtigsten Staaten der Welt die innerpolitischen Entscheidungen entweder bevorstehen oder in absehbarer Zeit zu erwarten sind.

Nägen die kommenden Wahlen in allen Ländern den notwendigen Einfluß bringen, dann wird auch die Abrüstung kommen.

Der Bericht des Ingenieurs Goldstein

Der schriftliche Bericht des Oberingenieurs Goldstein über die Vorgänge, die in Russland zu den Verhaftungen von deutschen Ingenieuren geführt haben, liegt nunmehr dem Auswärtigen Amt vor. Aus dem Bericht ergibt sich, wie B. Z. berichtet, im wesentlichen, daß schon seit langem zwischen den Ingenieuren und den Sowjetbehörden eine gewisse Spannung herrsche, die immer wieder in Streitigkeiten und Reibereien ihren Ausdruck fand. So haben namentlich in der letzten Zeit geradezu systematisch die Russen bei jeder Lieferung von Material und Maschinen Beanstandungen gemacht und schon damals irgendwie durchzuführen lassen, daß die Sowjetbehörden der Meinung wären, hier würde Sabotage getrieben. Die Ingenieure, namentlich auch die deutschen, haben sich stets gegen diese Vorwürfe verwehrt, sie stehen auf dem Standpunkt, daß die Lieferungen stets prompt und korrekt erfolgt wären. Wemil etwa von anderen beim Transport, jedenfalls vor der Abfertigung an die Auftragsstelle, an den Maschinen und am Material irgendwelche Veränderungen vorgenommen worden sind, kann von den Ingenieuren schwer festzustellen werden. Jedenfalls hat man Deringenieur Goldstein freilassen müssen, weil die gegen ihn gerichteten Behauptungen und Beschuldigungen sich sofort als unbegründet erwiesen haben. Goldstein ist aber auch der Ansicht, daß ebenso die Beschuldigungen gegen die übrigen Ingenieure unzutreffend seien.

Die Tresors der Dresdener Bank erbrochen

Der Einbruchversuch jedoch in Folge Brandgeruch mißglückt

W.B. Berlin, 25. März. In der Zweigstelle der Dresdener Bank in der Budapesterstraße wurde in der Nacht auf Sonntag ein Einbruchversuch in die Tresorräume unternommen. Die Einbrecher hatten in den vergangenen Tagen mehrere Mauern des Kellers durchbrochen. Beim Versuch, die Tresortüren mit dem Sauerstoffgebläse zu öffnen, gerieten Altan und andere Papiere in Brand und der intensive Brandgeruch machte einen Bewohner des Hauses auf die Vorgänge aufmerksam. Das Ueberfallkommando fahndete jedoch vergeblich nach den Verbrechen, die unter Zurücklassung ihrer gesamten Werkzeuge entflohen. Nach einer Blättermeldung erreichte die nach Aufdeckung der Tat einsetzende großräumige Aktion der Polizei im Berliner Westen großes Aufsehen. Die Polizei sperrte den ganzen Häuserblock ab und nahm die Verfolgung der über die Dächer flüchtenden Verbrecher auf. Bewohner des von den Einbrechern heimgekehrten Hauses haben diese noch kurz nach 9 Uhr morgens, als sie das Dach entlang krochen. Aus den Beständen der Bank ist nichts geraubt worden.

Nach Jagow Lüttwisch

Das Reich soll die Zehne für den Putz zahlen

Dem Jagowurteil hat das Reichsgericht jetzt ein Lüttwiturteil folgen lassen. Das eine ist so handlos wie das andere, nur daß im Falle Lüttwisch das Reich die Zehne zahlen muß. Jedem Putzisten seinen künftigen Lohn! Wann wird Hitler an die Reihe kommen?

Kulturfragen bei der Innendebatte

Berlin, 24. März. (Eig. Drabl.)

Der Reichstag steht heute die Beratung des Reichsinnenministeriums fort. Dabei wird endlich eine Tat des Herrn Reichsinnenministers Reuß entdeckt worden. Der Wirtschaftsparteiler hat ihm am Samstag als Vater des Schunds und Schmutzes gefeiert. Aber selbst dieses Lob beruht auf einem Irrtum. Der Ruhm gebührt dem Demokraten Küst. Herr Reuß hätte sich dieses Gesetz auch nicht schlechter und unwirksamer machen können. Die bayerische Volkspartei ließ Theresia Lang-Bauer reden, deren mäßig-fröhliche Erscheinung die Schärfe minderte, die sie gelegentlich mit seltener Junge formuliert. Sie drohte Abgeordneten Sollmann mit der Aufkündigung der bayerischen Volkspartei, wenn er so stark für den Einheitsstaat eintrete. Insbesondere scheint sie ihm überlommen zu haben, daß er getraut hat, jüngst sogar in der bayerischen Hauptstadt für den Einheitsstaat zu reden.

Für die Sozialdemokratie ermahnte dann Abgeordneter Sollmann die marxistischen Vorgänger im Badischen Zentrumspartei, die marxistischen Vorläufer in Baden aufzurufen, um die Aufkündigung konfessioneller Verbindungen zu betonen. Er und andere Zentrumsführer hätten wiederholt erklärt, daß die katholische Kirche in Deutschland niemals so frei gewesen wie in der Republik. Es sei noch keineswegs ausgemacht, ob die Kirche in Mexiko sich lediglich mit geistlichen und religiösen Dingen beschränken solle. Dann ging er unter großer Aufmerksamkeits des Hauses zu einem neuen Angriff gegen Reuß über. Sachlich, aber mit der gebotenen Schärfe. Die Fälle Bad und Reuß treiben den Minister in die Enge. Insbesondere wird der Minister auf die erneute, diesmal besonders zugespitzte Behauptung, daß er den Ministerialdirektor Dr. Brecht wegen dessen republikanischer Gesinnung entlassen will, nur schwer etwas Stillschweigendes erwidern können. Am Samstag jedenfalls schwiegen sich Herr a. Reuß aus und ließ die sozialistischen Bestellungen ohne Widerspruch ins Land gehen. Die Ausrede vom Freitag, die Maßregelung des Ministerialdirektors Dr. Brecht habe nicht dem Republikaner angeht, ist ebenfalls durch die sozialdemokratischen Vorwürfe am Samstag vollkommen falsch erwiesen. Wieder einmal hat sich Herr Reuß unmöglich gemacht. Welche bösen Geister treiben die Mann eigentümlich, der in der Debatte so bescheiden und höflich ist, in so unerträglichen, bis bloßstellenden Situationen. Für die Tatsache, daß Gesinnungsfragen geradezu zum Wesen des alten Reiches gehört hat, rief Sollmann den deutschen Nationalen Abgeordneten als Kronzeugen an. Dieser hat in seinen Erinnerungen nicht ausgesagt, daß bis in die jüngste Zeit die preussische Monarchie im katholischen Rheinland keinen Anteil an einem Staatsamt gehabt habe emporkommen lassen.

Die Aussprache wandte sich nun bei mehr und mehr verdoelnden Hause Spezialfragen zu. Eine Reihe von Rednerinnen trat auf. Die Zentrumsparteiordnete Frau Weber verlangte noch scharf den Kampf gegen die Kurpfuscherei. Die sozialdemokratische Frau Frau Stegmann begründete das und doch eindringlich eine Entschleunigung, die eine Nachprüfung des Ausnahmengesetzes auf Grund der neueren wissenschaftlichen Forschungen und praktischen Ergebnisse wünscht. Die demokratische Frau Frau Wülfers beklagte sich über die Benachteiligung Frauen, insbesondere in Baden, wenn diese sich um Staatsämter bewerben. Die Kommunistin Frau Krenschler verlangte die geschlechtliche Gleichberechtigung.

Der Demokrat Deuß verpöbelte die republikanische Gesinnung der Deutschen Volkspartei. Die sei ein republikanischer Verein dem Vereinsziel: „Es liegt eine Krone im tiefen Rhein...“ allerdings sei der Urlaub des Tauchers um einige Zeit verlängert worden.

Dann hatten die wenigen Abgeordneten, die im Hause geblieben waren, eine Belohnung in Form einer humoristischen fünfminütigen Einlage. Der nationalsozialistische Graf zu Reventlow sprach mit feierlichem Ernst, jedes Wort betonend, als handele es sich um eine historische Kundgebung, eine Proklamtion an sein Volk. Er forderte die Deutschen auf, sich von Juda und vom Sionismus zu befreien. Das jüdische Gift müsse ausgeschieden werden.

Glücklicherweise gab es dann noch einen ersten, des Kulturwürdigen Witschub.

Der Sozialdemokrat Löwenstein vertrat in einer kurzen Rede die Anschauung der Sozialdemokratie in Schul- und Kulturfragen. Er stellte fest, daß die Sozialdemokratie immer den

Staatswillen über das Elternrecht

stellen werden. Das Zentrum habe in der Schulfrage einen Bruch mit der Weimarer Tradition begangen. Damals habe es sich zur Gemeinschaftsschule bekannt. Löwenstein forderte vom Reichsarchiv ein objektives Geschichtsbild über die Paulskirche von 1848. Dann sprach er eindringlich zugunsten der Junglehrer, für die trotz aller schönen Worte die Regierungsparteien wieder keine finanziellen Aufwendungen zu leisten geneigt seien. Löwenstein schloß mit der temperamenollen Forderung, die

Erziehungsbeiträge für hochbegabte Kinder

unmittelbar Eltern auf 3 Millionen Mark zu erhöhen. Er konnte sich auf seine eigenen Erfahrungen als Schullehrer in Reußland berufen. Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, die neben ihrer Berufsarbeit sich zum Studium vorbereiten und dieses eben erst mit Erfolg gemacht haben, bezügelte, welche bedeutenden Kräfte im Vorkriegsstaat für die deutsche Kultur zu werden sind.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr.

Einen Strick für Curtius!

„In den Galen mit dem Reichswirtschaftsminister!“ — war die stürmische Forderung einer 400köpfigen Bauernversammlung in Augsburg. Sie wurde provoziert durch eine aufreizende Rede eines christlichen Bauernvereinssekretärs, der die Bauern in maßloser Weise gegen die Handelspolitik der Reichsregierung aufstachelte. In dieselbe Kerbe fielen auch die beiden anderen Redner, ein Bauernführer und ein deutschnationaler Landwirt, jedoch in der Vermittlung schließlich nur noch stürmische Zwischenrufe laut wurden. „Droffelt dem Curtius den Hals ab!“ „Einen Strick für drei Frennige!“ „Her mit einem Wirtschaftsminister, der mit Mussolini!“ „Auf zur Tat! Es wird werden wie im Weltkrieg!“ — das sind einige Proben der aufgereizten Stimmung, an der die drei Referenten, darunter zwei bayerische Landtagsabgeordnete, ihre helle Freude hatten.

Berliner Polizeipräsident Jörriegel in Paris

Der hier weilende Berliner Polizeipräsident Jörriegel hat französischen Pressevertretern über den Zweck seiner Reise nach Paris abgelesen. Er führte u. a. aus, seine Reise habe den Zweck, eine engeren Fühlungnahme mit dem Pariser Polizeipräsidenten aufzunehmen. In immer stärkerem Maße streben die Verbrecher danach, sich zu internationalisieren. Die Verbrecher beachten sich, wenn sie aus dem einen Land verdrängt würden, in ein anderes, wo sie oft Helfershelfer haben. Sehr viele der Verbrechen treten auf in Frankreich für nicht möglichem Wert erachtet wurde und die angeführten der Raub in Paris in den letzten Monaten geflohen sind, haben sich nach Deutschland begeben. Das enge Zusammenarbeiten zwischen der deutschen und der französischen Polizei sei daher notwendig.

Die Landratswahlen im Saargebiet

Die Saarbrücken, 26. März. Die Landratswahlen im Saargebiet haben sich ohne Zwischenfälle vollzogen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 63% Prozent. Nach dem vorläufigen Wahlergebnis erlangen die Sozialdemokraten 43 411 gegen 46 627 im Jahre 1922, die Kommunisten 46 407 (40 238), die Wirtschaftspartei 9156 (10 396), die Deutschnationalistische Partei 3900 (0), die laarländische Volkspartei 26 228 (37 571), die Christlichsozialen 9302 (0), die Deutschnationalen 10 496 (0), die Zentrumspartei 128 886 (108 211).

Es erhalten voraussichtlich die Sozialdemokraten Stimmen 5 (6), die Kommunisten 5 (5), die Wirtschaftspartei 1 (1), die Demokraten 0 (0), die laarländische Volkspartei 3 (4), die Christlichsozialen 1 (0), die Deutschnationalen 1 (0), das Zentrum 14 (14) Sitze.

Denkmalseinweihung am Grabe Fehrenbachs

Die Freisburg i. Br., 25. März. Am Grabe des Altpräsidenten Konstantin Fehrenbach auf dem hiesigen Hauptfriedhof wurde heute ein von der Stadt Freisburg zum Gedenken an ihren Ehrenbürger gestiftetes Grabmal eingeweiht.

werde auch diese kleine Rolle überwinden und Schwabens Alexander bald wieder Schwabens Paris sein.

Die Herzogin sah in der Ertrankung ihres Gatten Wirt und Jüngling. Noch immer stand an ihrem Wege der junge Lord Suffolk mit seinem roten, primitiven, unbedeutend verkleideten Gesicht. Er hatte sich an seinem Hof und seiner Herrschaft durch sein Verbalen unmöglich gemacht, er verkehrte sie barhäutig, kumm und verzweifelt es war nur mehr eine Frage von Tagen, wann er ein Ende machen würde. Das jetzt ihr Gatte nicht zu kommen konnte, war dies nicht ein Wirt? Und sie erbarmte sich des armen, treuen, sieben Menschen, lächelnd und amüsiert.

Aber der junge Engländer war offenbar ein Pechvogel und zu jedem Unfeln vorbestimmt. Karl Alexander neigte gemeinlich durchaus nicht zur Eitelkeit, er kam gar nicht auf den Gedanken, daß man ihn, ihn! hintergehen könnte. Aber sei es, daß durch seine Ertrankung mißtraulich geworden war, sei es, daß andere ihn aufgebracht hatten, er drang unerlebens in die Gemächer der Herzogin ein; gerade noch, daß der junge Lord, schlecht bekleidet und unwürdig, sich retten konnte. Der Herzog machte einen Höllenpöbel, serichlig Spiegel und Parfüm, serichlig mit seinem Dean kostbare Wäsche, nannte Marie Auguste mit pöbelhaften Namen, ja, er schlug sie in das stierolle, kleine, eidechsenhafte Gesicht, das von der Farbe alter, edlen Marmors war. Die Herzogin erzählte weinend und emüßt Magdalenen davon, sie beteuerte theatralisch ihre Unschuld, aber bald stahl sich in ihre Empörung ein kleines, amüsiertes Lächeln, sie machte sich über die lärmende Aufregung des Herzogs nach, dierierte sich an den merkwürdigen und geistlichen Schimpfworten, suchte sie ins Französische und ins Italienische zu überlegen. Zuletzt meinte sie lächelnd, es sei seltsam; wenn etwa Rindes oder Remington zu ihr kämen, sie sei gewiß, die würden auch das tierundmenschenhaft nicht erwacht werden; aber der arme, tapfere Junge natürlich gleich das erste Mal, kaum zu Ende und nicht recht wissend, wie er es anstellen sollte.

Da es sich nicht schickte, daß der Souverän sich mit dem Lord schlage, sollte für alle Fälle, ob der Engländer nun schuldig oder nicht, Remington sich mit ihm duellieren. Remington brummelte vor sich hin, eigentlich habe er ja auch allen Grund dazu. Indes sagte er, als es ernst wurde, keine sonderliche Eile. Schließlich reiste der Engländer ab, durchaus nicht heimlich, sondern umständlich und gemäßlich, aber zweifelnd an Gott, sein simples, klares Weltbild in Scherben, zerfallen mit sich und den Menschen. Der kurze Genus hatte ihn tief verärrt, er konnte sich an nichts mehr recht erinnern, das einzige, was in seinem Gedächtnis haften, war ein etwas beschädiertes Strumpfpaar der Herzogin, um den es sich eigentlich nicht gelohnt hätte, Leben, Ruf, Stellung in der Heimat zu gefährden.

Freistaat Baden

Die Tagesordnung der nächsten Landtagsitzung

am Mittwoch, den 28. März, lautet: Mündlicher Bericht des Geschäftsausschusses und Beratung über die Randatsniederlegung der Abgeordneten Frau Benerle. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über den Gesetzentwurf über die Steuererhebung in den Monaten April bis September 1928, ferner über die Beschwerde des Abgeordneten Bod wegen Verweigerung der Teilnahme der kommunikativen Abgeordneten an Ausschüssen. Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über den Gesetzentwurf, über die Umwandlung der abgeordneten Gemartung Bronnbach in eine Gemeinde sowie über die Anträge der Abg. Kühn und Genossen betreffend Bau einer Automobilstraße Hamburg—Frankfurt—Bielefeld, der Abg. Bod und Genossen betr. Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Der letzte Punkt der Tagesordnung sieht die Erledigung verschiedener Gesetze vor.

Entwurf eines Landesjustizkostengesetzes

Wie bereits mitgeteilt, hat die Regierung dem Landtag den Entwurf eines Landesjustizkostengesetzes vorgelegt. Aus einer vergleichenden Darstellung ergibt sich, daß in Baden durchweg die niedrigsten Beurkundungsgebühren erhoben werden. Eine Angleichung an die Gebühren der anderen Länder kann bei der heutigen Finanzlage des Staates nicht weiter hinausgeschoben werden. Deshalb erstrebt der Entwurf neben einer angemessenen Erhöhung der Gebühren für Urkunden eine mögliche Vereinfachung der gesetzlichen Bestimmungen, um ihre Handhabung in der Praxis zu erleichtern. An Stelle der bisherigen drei Gebührenreihen A, B und C enthält der Entwurf nur eine Gebührenreihe. Pauschale sollen in Zukunft nicht mehr erhoben werden, sie sind in den Gebührentarif hineingearbeitet. Zweifel, die sich bisher bei der Anwendung des Gesetzes ergaben, wurden nach Möglichkeit beseitigt. Der Entwurf umfaßt 122 Paragraphen und ist in vier Teile eingeteilt. Der erste Teil enthält die allgemeinen Bestimmungen. Der zweite Teil umfaßt die Gebühren der freiwilligen Gerichtsbarkeit; der dritte bringt die Bestimmungen über die Zwangsverwaltung und die Zwangsverwaltung und einige wenige Bestimmungen über Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, auf die das Justizkostengesetz sonst keine Anwendung findet. Im vierten Teil finden sich die Schluss- und Vollzugsbestimmungen. Der Entwurf schließt sich belanlich infolge der gleichgelagerten Verhältnisse weitgehend der württembergischen Gerichtsostenordnung an, insbesondere ist die Gebührenordnung gleichlautend mit dem württembergischen Gebührentarif. Die volle Gebühr beträgt danach bei einem Wert des Gegenstandes bis zu 200 M. einschließlic 2 M.; sie steigt dann für Werte von mehr als 200 M. bis 100 000 M. in Beträge von 3 bis 196 M. Die weiteren Wertklassen setzen um je 10 000 M. und die Gebühren hieraus bei einem Wert von mehr als 100 000 bis 1 Million Mark um je 12 M., von mehr als 1 Million Mark um je 10 M. Von der Bestimmung der Gebühren sind befreit: das Reich, Religionsgesellschaften, Kirchengemeinden im Sinne des Ortskirchensteuergesetzes und kirchliche Fonds, öffentliche Anstalten und Stiftungen für Wohltätigkeit oder Unterricht, Körperchaften des öffentlichen Rechts in Angelegenheiten, welche die Schaffung gesunder Wohnungen für Minderbemittelte betreffen, sowie (unter gewissen Voraussetzungen) Vereinigungen, deren Zweck satzungsgemäß und tatsächlich ausschließlich darauf gerichtet ist, minderbemittelten Personen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eiaens erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen. Außerbadischen Ländern kann das Justizministerium bei Gegenleistung Gebührenfreiheit bewilligen.

Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Die Verwaltungsgebühr betrug bisher von je 400 M. 1 M., sie soll künftig von 500 M. 1 M. des Vermögens des Mündels betragen. Die Rechnungsgebühr betrug bisher 10 % von 400 M. Vermögen, künftig 20 %, von je angefangenen 500 M. Die Gebührenfreigrenze wird, mit einigen Ausnahmefällen abgesehen, auf 2500 M. erhöht. Bei Annahme an Kindesstatt beträgt die Gebühr für einen Geschäftswert von 2000 M. nach dem Entwurf 9 M. (jetzt mit Pauschal 17,20 M.).

finanzielle Auswirkung

des neuen Gesetzes können bestimmte Angaben nicht gemacht werden. Man rechnet schätungsweise mit einer Verdoppelung der Gebühren für Urkunden; auf den anderen Gebieten, insbesondere in Grundbuch- und Registerachen, sind keine wesentlichen Mehrnahmen zu erwarten. Das Justizministerium soll ermächtigt werden, sich gegebenenfalls einer Vereinbarung der Länder anzuschließen. Die Änderungen der Kostenregelung wären dem Landtag zur Kenntnis zu bringen.

Karl Alexander hatte eine Menge Indzien, aber keinen unbedingten handbreitlichen Beweis für die Untreue Marie Augustens. Unter sonstigen Umständen hätte er sich wohl bald beruhigt; jetzt machte ihn der Mismut über seine Behinderung durch die Krankheit zänlich und verbissen. Marie Auguste, der häßlichen Bergabwohnung und Luftschiff bald überdrüssig, spielte zunächst die Genoveva, trumpsite aber bald groß auf, setzte den Grobheiten des Gatten eine billige, aufreizende Ruhe und Ironie entgegen, drohte schließlich sie werde zu ihrem Vater zurückkehren. Worauf Karl Alexander tob erwiderte, an diesem Tage werde er alle Glieder läuten lassen, Böller schießen und jedem Untertan Wein und Baten spendieren.

Dem alten, seinen Fürsten Thurn und Taxis kam das Zerwürfnis höchst ungelogen. Schön, seine Tochter hatte sich ein wenig mit einem englischen Herrn amüsiert. Warum soll man sich nicht mit einem Engländer amüsieren? Sie machen schlecht Konversation und sind hölzern für Figur, aber sie haben vor den Weltschen Unverbräuchtheit, Gesundheit und vor allem Discretion voraus. Wäre er eine Frau, er würde sich auch einen Engländer ausuchen. Darum braucht man doch keinen solchen Värm zu machen und soniel Spannonaden. Aber freilich, sein Herr Schwiegerohn, Liebden, war ein Feldherr und als solcher gewöhnt, mit viel Geräusch aufzutreten. Auch verkannte man von einem Strategen Siege, aber keine Kinderfaße. Gekundend schrie er das seinem Freund, dem Fürstbischof von Würzburg, mit der Bitte, den hindischen Handel möglichst rasch einzurenken.

Dem Hugen, schlaunen, diden Herrn kam diese Aufforderung sehr gelegen. Er hatte den Stettenfeller Handel nicht verassen, die Niederlage der Kirche trakte ihn sehr, er hielt den Grafen Fugger an seinem Hofe, er erwartete nur auf einen Anlaß, sich unauffällig nach Stuttgart zu begeben und die Gewinnung des Landes für Rom verhältniß auf glatteren, rascheren Weg zu bringen. So ließ sich die Eminenz nicht lange bitten, sondern hielt sehr bald mit den Geheimräten Fichtel und Raab in zahlreichen, stattlichen Autos den Beschlüssen, frühlichen und komfortablen Einzug in Stuttgart.

Frage mit kleinem Schmunzeln den Herzog nach seinem Leiden hörte mit Wäfler, daß es so gut wie abgeheilt sei, riet leinheitslich, sich immerhin vorläufig noch mehr an den Kaffeestrand seines Rates Fichtel als an den Tokajer zu halten. Tätsichelt onkelhaft die kleine, weiße, fleischige Hand der pudrig schmolgenden Herzogin. Sattte die Gatten bald jo weit, daß sie sich endlich darauf freuten, bis sie nach völliger Wiederherstellung des Herzogs dem Bond und sich und der Kirche einen Erben schenken könnten.

(Fortsetzung folgt.)

Parteitag der bad. Sozialdemokratie

am Samstag den 24. und Sonntag den 25. März 1928 in Pforzheim.

Am Samstag nachmittag um halb 3 Uhr wurde der Landesparteitag der badischen Sozialdemokratie eröffnet, nachdem am Vormittag der Landesparteiaussschuß getagt hatte. Die Bühne des Städtischen Saalbaues ist in den roten Farben der Sozialdemokratie und in den schwarz-rot-goldenen Farben der Republik geschmückt. Über dem Eingang zum Tagungsort grüßt den Parteitag ein Transparenz mit der Aufschrift: Willkommen in der Goldschmiedstadt!

Genosse Reinhold-Mannheim eröffnet den Parteitag und erklärt, daß dieser Parteitag zusammentritt, während die bürgerlichen Parteien bemüht gegen die Sozialdemokratie regieren. Wir wissen, wie sich der Bürgerblock auf kulturellem und sozialem Gebiet auswirkt. Das Gebot der Stunde sei Mitarbeit, ausgedrückt durch eine starke Vertretung in den Landes- und im Reichsparlament. Es wird uns Aufgabe sein, aus der kapitalistischen Republik, eine soziale und sozialistische Republik zu machen. Wir müssen die Macht im Staate ergreifen und darüber hinaus international handeln. Den Massen das zum Bewußtsein zu bringen, sei die nächste Aufgabe. Die kommenden Reichstagswahlen entscheiden über die innere Politik. Werden die bürgerlichen Parteien nicht geschlagen, dann wird die Verelendung der Arbeiterklasse fortgeschritten. Wir kämpfen für die Einwirkung in die westdeutschen Demokrationen, die von der deutschen Sozialdemokratie einen Sieg erhoffen. Das Werk muß uns gelingen, gerecht zu werden diesen Hoffnungen. Mit dem Wunsch, dieses Ziel zu erreichen, heiße er die Delegierten und Gäste willkommen. Wir wollen auch im Rückblick auf unsere Aufgaben unsere Arbeit erledigen (Beifall).

Zu gleichberechtigten Vorsitzenden des Parteitages werden die Genossen Graf-Forzheim und Reinhold-Mannheim gewählt. Zu Schriftführern werden bestimmt: Max Bierlinger-Freiburg, Frau Lina Rahli-Mannheim, Stefan Speh-Singen a. S., Christ. Dahm-Durlach.

Die Mandatsprüfungskommission setzt sich aus folgenden Genossen zusammen: Franz Schütt-Vörrach, Robert Keller-St. Georgen i. Sch., Karl Roth-Wertheim, Frau M. Auer-Heidelberg, Hermann Jung-Karlsruhe.

Der Parteitag ehrt anschließend die in den vorausgegangenen 2 Geschäftsjahren verstorbenen Genossen, denen Genosse Reinhold einen warmen Nachruf widmet, durch Erheben von den Plätzen.

Die Tagesordnung

wird folgendermaßen festgestellt:

1. Tätigkeitsbericht, 2. Wahl des Landesvorstandes und des Landesaussschusses, 3. Aufstellung der Landtagskandidaten, 4. Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl. Sonntag, den 25. März. Bericht der Landtagsfraktion und Reichert Hilferding: Die wirtschaftliche Entwicklung und ihre politischen Folgen.

Genosse Graf-Forzheim erteilt dem Genossen Reinhold zum

Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes

das Wort. Derselbe führt in längeren Darlegungen aus, daß politische Entscheidungen von großer Tragweite den Vätern nicht mehr obliegen. In der Berichtszeit waren solche Entscheidungen nicht zu treffen und werden wahrscheinlich auch nicht mehr zu treffen sein. Nach dem Beschluß des Berliner Parteitagess trage die Verantwortung für die Landespolitik die Landtagsfraktion. Der Landesvorstand sei nur einmal berufen gewesen, an einer politischen Entscheidung mitzuwirken und zwar bei der Neubildung der badischen Regierung im Jahre 1926. Seine Tätigkeit beschränkte sich in der Hauptsache auf die Organisation und Agitation, von der berichtet werden konnte, daß erzielte Fortschritte zu verzeichnen seien, die sich in den 5000 Neuaufnahmen ausdrücken. Es komme aber nicht nur darauf an, als Ergebnis einer Werbeweche eine große Anzahl von Mitgliedern zu melden, sondern die gewonnenen Mitglieder auch fest an die Partei und die Bewegung zu binden. Darauf müßten die einzelnen Ortsvereine ihre Aufmerksamkeit richten und besonders die Bildungsarbeit pflegen. Die besten Resultate, das sei Erfahrungstatsache, werden erzielt durch gründliche Vorbereitung der Hausagitation. Unter den 32 deutschen Bezirken könne sich Baden, soweit es die Mitgliederzahlen der männlichen Mitglieder handelt, durchaus sehen lassen. Der Indifferenzismus, entstanden aus den ungeliebten Parteistreitigkeiten der Nachkriegszeit, sei noch außerordentlich groß, aber die Einstellung gegenüber der Sozialdemokratie habe sich in den letzten Jahren wesentlich gewandelt. Die Agitation unter dem Kleinbauernum ist sehr erschwert, weil die Kleinbauern ihre Klassenlage noch nicht erkannt haben und erst bezaubert werden müssen, daß ihre politische und wirtschaftliche Lage keine Verbindung mit dem Großagrariertum bilden könne. Der Genosse Böhle-Sasbachwalben gebe ein: Plauerzeitung heraus, die geeignet sei, Aufklärung zu verbreiten. Er bitte um Unterstützung dieser Arbeit.

Die Klassenverhältnisse haben sich in den letzten Jahren wesentlich gebessert, so daß jetzt wenigstens einigermassen das Betriebskapital für Organisation und Agitation vorhanden ist. Die Beitragserhöhung habe ohne Widerstand glatt durchgeführt werden können. Erfolgreich groß sei die Opferbereitschaft der Parteigenossen und es appelliere vor dem Reichstagswahlkampf erneut an die Opferbereitschaft. Notwendig sei größte Aufmerksamkeit und Sorgfalt der Parteiführung bei der Einfassung der Verträge. Wir hätten keine

Kapitalisten in unseren Reihen, die, wie es im badischen Grundbesitzerverein der Fall sein soll, tausende von Mark beitrügen können.

Die wirtschaftliche Entwicklung werde auch die christliche Arbeiterklasse zum Klassenbewußtsein bringen. Beim Volksbegehren und Volksentscheid stimmten große Massen der Zentrumswähler gegen die Entscheidung ihrer Partei. Die Urteile über den Ausfall der Gemeindevahlen seien sehr auseinandergerungen. Von der Tätigkeit unserer Genossen in der Kommunalpolitik hänge sehr oft auch der Ausfall der Landtags- und Reichstagswahlen ab.

Unsere Stellungnahme zu den einzelnen Parteien, insbesondere zu den Kommunisten, habe eine außerordentlich scharfe Klärung erfahren. Es müsse festgestellt werden, daß immer noch viele Proletarier mit der Abgabe kommunistischer Stimmen der proletarischen Entwicklung Gemungen bereiten. Daß es sogar Proletarier in der Deutschnationalen Volkspartei gebe, beweise die noch weitverbreitete politische Unfähigkeit. Er freue sich, daß wir in der Partei zu einer klaren Einstellung zu der kapitalistischen Arbeiterklasse kommen, denn wir hätten Wirtschaftsprüfung und keine religiösen Streitfragen zu lösen. Die Niederlegung des Bürgerblocks sei unsere nächste, große Aufgabe (Beif. Beif.).

Ueber das Jugend- und Bildungswesen

Berichtet Düsedau-Mannheim. Der kommunalpol. Ausschuss hat seine Tätigkeit mit Erfolg aufgenommen. Die kommunalpolitische Arbeit müsse weitest Verbreitung finden. Er empfehle den Antrag 3, in kleinen Bezirken kommunalpolitische Konferenzen abzuhalten, zur Annahme, bitte aber um Ablehnung des Antrages 9, der durch die Schaffung der Unteraussschüsse erleichtert werde.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder nehme stabiler zu, als die der männlichen, woran die Arbeit der Frauenvereine wesentliche Anteil habe. Nach dem Parteitag werde wieder ein Frauenkurs mit dem Thema: „Die Frauen und die Wahlen“, stattfinden.

Die Jungsozialisten, die mancherlei Kritik erfahren, würden der Partei wertvolle Mitarbeit leisten; häufig müsse dazu nur der Anstoß von der Partei erfolgen.

Die geleistete Bildungsarbeit werde vielfach nicht richtig beurteilt. Der Kursus in Mosbrunn, der unter der Leitung des Genossen Kagenstein stattfand, werde in anderer Form eine Wiederholung finden. Die Arbeiterjugend hat sich innerlich sehr gut geföhlt, wenn ihr zahlenmäßiger Bestand auch nicht befriedigend sei. Sie sei ein Teil der Partei und es sei unsere Pflicht, ihr die jungen Wertigkeiten zuzuföhren. Partei, Gewerkschaften und Sportorganisationen müssen die Jugendpflege gemeinsam betreiben. Die Ausföhrgung der Mittel durch Vorträge sei zwar nicht das Erwünschte, aber es sei gelungen, dadurch doch Mittel zu wertvoller Arbeit zu erhalten.

Die Arbeiterwohlfahrt liegt bei dem Genossen Mann in sehr guten Händen. Erfolgreich habe sich die Zusammenarbeit zwischen Rinderfreunde und Arbeiterwohlfahrt gestaltet. Die Arbeiterwohlfahrt sei ein Werk an Boden in diesem Jahre finden. Er biete für die Mitarbeit der Genossen (Beif.).

Genosse Graf-Forzheim berichtet über die Arbeit des Verkehrsvereins Pforzheim an den Parteitag.

In der Aussprache erklärt Genosse Wolf-Sedenheim, daß die Arbeit der Arbeiterbewegung führe die Jugend von der Partei weg, falls sie. Der Gedanke sei, sie der Partei zuzuföhren. Die Funktionäre der Partei hätten aber auch die Aufgabe, ihre Jugend der Arbeiterbewegung zuzuföhren.

Genosse Arnold-Mannheim gibt den Revisionsbericht und beantragt Entlastung des Kassiers.

Genosse Schildbrand-Mannheim ist mit den Erfolgen der Agitation nicht zufrieden. Es fehle innerhalb der Massen an der nötigen Aufklärung, die auch in die Betriebe hineingetragen werden müsse. (Beif.).

Genosse Dr. Geiger-Pforzheim begründet den Antrag 5 (Pforzheim), eines der badischen Parteifunktionäre aufzuheben, der von finanziellen Erwägungen ausgehe. Der Antrag 6 (Pforzheim), der den Industriebezirk zu einheitlicher Agitation und als Verbreitungsgebiet der „Freien Presse“ zusammenzufassen will, finde seine Begründung in der Grenzziehung zwischen Baden und Württemberg. Dem natürlichen Zusammenhang des Bezirks werde durch die Schaffung eines Arbeitsamtsbezirks einschließlich der angrenzenden württembergischen Oberämter Rechnung getragen. Er bitte um Zustimmung zu den Anträgen.

Genosse Geiler-Freiburg hält es für dringend erforderlich, auch zwischen den Wahlzeiten die Föhlung mit den weiblichen Massen zu behalten, besonders der Parteimitglieder in den kleinen Orten sei dazu berufen. Er freue sich über den Fortschritt der praktischen Arbeit unter den Kleinbauern. Er halte es nicht für richtig, sich in der Presse mehr als nötig mit den Kommunisten zu beschäftigen. (Sehr richtig.) Die Religion könne für den Arbeiter kein Hindernis sein, in unseren Reihen zu kämpfen, hier herrsche völlige Toleranz. Er sei der Auffassung, daß sozialdemokratische Beamte die Pflicht haben, sich freigewerkschaftlich zu organisieren.

Herbster-Kandern wünscht lebhaftere Anteilnahme an der Agitation.

Genosse Reichstagsabg. Schöpplin-Karlsruhe erklärt, daß die Parteigenossen im Reichstag, trotz der ungeheuren Fülle der Arbeit, eifrig an den Sitzungen teilnehmen. Die Parteifunktionäre sorgten dafür, daß der Abgeordnete in Föhlung mit den Massen bleibe. Ueberdies sei der Umfang der parlamentarischen Tätigkeit gegenüber der Vorkriegszeit gewaltig gewachsen. Die Aufgaben unserer Presse seien ebenso in ungeheurer Weise gestiegen, die Arbeit in der Presse konzentriert. Er sei auf das Niveau unserer Presse stolz. Wir wollen mit der Masse in ständiger Föhlung bleiben und unsere Presse immer weiter ausbauen. (Beif.).

Genosse Singer-Rheinfelden wünscht, daß der nächste Parteitag in der Mitte des Landes abgehalten und in den kommunalpolitischen Ausschuss auch ein Vertreter des industriereichen Oberheims berufen wird.

Genosse Schöbhamer-Planstadt tritt dafür ein, daß der Arbeiterjugendbewegung mehr Beachtung wie seit-her geschenkt wird. Der Arbeitersport sollte sich vor ängst-

licher Neutralitätsstellung halten, vielmehr sich wie früher in den Dienst der sozialistischen Bewegung stellen.

Genosse Peter-Maier-Freiburg hält es für richtiger, daß die Beiträge den Sekretariaten gelassen werden, damit diese auch die kleinen Orten mit Referenten versehen können, als ein Sekretariat der Kostenersparnis halber abzubauen. Die Gewerkschaftsfunktionäre sollten sich energisch an der politischen Bewegung beteiligen. Der Landesvorstand möge sich energisch für die Verbreitung des neuen landwirtschaftlichen Parteiblattes des Genossen Böhle einsetzen, damit der Sozialismus auch unter der Landwirtschaft rasch an Boden gewinne. Die Partei sehe sich für alle wirtschaftlich Schwachen ein.

Gen. Karcker-Wilferdingen warnt davor, daß allzu viel Vorträge teils der Arbeiterorganisation durchgeführt werden. Der Parteivorstand, der fortgesetzt Vorkauf anbiete, werde zum gefährdeten Mann.

Genosse Ged-Mannheim schildert die Masse von Arbeit, die die Parlamentarier zu bewältigen haben, die es diesen nicht ermöglichen, auch noch in jeder lokalen Versammlung anwesend zu sein. Die Gliederung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sei eine so zerstückelte, daß sie eine genalgige zeitliche und geidliche Anspannung an die Genossen stellen. Bei all dem müsse das Primäre die politische Bewegung sein und bleiben. Das müsse gerade heute, wo wir vor der Reichstagswahl stehen, laut und deutlich gesagt werden.

Gen. Kraft-Mannheim sucht nach den Gründen, warum es mit der Mitgliederzahl verhältnismäßig langsam aufwärts geht. Er findet Fehlerquellen darin, daß man es versäumt habe, der Stimmung der Masse bei der Föhrenabfindung Rechnung zu tragen und bei der Reichsschulgefrage eine verfehlte Taktik betrieben habe. Die Frauenagitation sollte mehr gefördert werden; ebenso müsse der Jugendbewegung vermehrte Beachtung geschenkt werden. In der Parteipresse hat der Redner verschiedenes auszuföhren.

Ein Schlußantrag macht der Debatte ein Ende. In seinem Schlußwort geht Gen. Parteifunktionär Reinhold auf verschiedene Anregungen und Beanstandungen der einzelnen Redner ein und nimmt auch zu den verschiedenen gestellten Anträgen Stellung. Er freut sich der sachlichen Diskussion und hofft auf reiche Frucht aus der Aussprache.

Genosse Parteifunktionär Düsedau-Mannheim geht ebenfalls in seinem Schlußwort auf verschiedene Ausführungen der Debatte ein. Neben der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung müsse auch der Kulturbewegung allseitig die ihr zulummende Wertung geschenkt werden.

Die gestellten Anträge werden wie folgt erledigt:

Der Antrag auf Entlastung des Kassiers wird einstimmig angenommen.

Gemäß Antrag Offenburger wird der nächste Parteitag daselbst abgehalten werden. Der Antrag Mosbach, den nächsten Parteitag in Mosbach abzuhalten, ist damit gegenstandslos geworden.

Der Antrag Pforzheim, wonach die sozialdemokratischen Landesvorstände von Baden und Württemberg zueinander Abgrenzung des Verbreitungsgebietes der „Freien Presse“ auf das ganze Pforzheimer Industriegebiet zusammenzuziehen sollen, wird mit großer Mehrheit angenommen; derjenige, daß ein Parteifunktionariat abgebaut werden soll, dagegen abgelehnt.

Abgelehnt werden ferner die Anträge Waldkirch auf Uebernahme der Parteitagdelegationskosten auf die Landespartei, und der Antrag Rheinfelden um Zubilligung eines Vertreters in den kommunalpolitischen Ausschuss.

Als Selbstverständlichkeit wird angenommen der Antrag Eimeldingen, wonach es Pflicht der Parteimitglieder ist, sich freigewerkschaftlich zu organisieren (mit der Einschränkung, daß damit nicht eine Entscheidung bezügl. der Beamtenorganisationen getroffen sein soll); desgleichen der Antrag Vörrach auf Abhaltung von Gemeindevertreterkonferenzen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung:

Wahl des Landesvorstandes und des Parteiaussschusses gibt Gen. Graf-Forzheim bekannt, daß ein Antrag Stenz und Genossen vorliegt, den Landesvorstand nach Karlsruhe zu verlegen, zu dessen Begründung Genosse Stenz-Karlsruhe das Wort erhält. Der Antrag sei nicht neu. Es sei eine engere Föhlungnahme mit den einzelnen Körperschaften ermöglicht, wenn der Antrag angenommen würde. Mannheim liege außerhalb des Landeszentrums an der nördlichen Grenze. Veränderte Verhältnisse bedingten veränderte Maßnahmen.

Genosse Kraft-Mannheim läßt die sachlichen Motive des Genossen Stenz, soweit sie die geographische Lage betreffen, gelten. Er ist aber der Auffassung, daß Mannheim als Sitz des Landesvorstandes politisch vorteilhaft gewesen sei. Er bitte den Antrag abzulehnen.

Genosse Jung-Karlsruhe verwahrt sich dagegen, daß Karlsruhe als Kleinbürgerlicher Bezirk angesprochen werde (Seitertel). Der Begründung des Genossen Stenz stimme er zu. Der Landesvorstand habe überall seinen Sitz an Orte der Landesregierung.

Genosse Ged-Mannheim erklärt im Auftrage des Landesaussschusses, daß sich dieser jeder Stellungnahme enthalten.

Die Abstimmung ergibt mit 85 gegen 65 Stimmen die Verlegung des Sitzes des Landesvorstandes von Mannheim nach Karlsruhe.

Die Wahl des Landesparteiaussschusses

seitigt folgendes Ergebnis:

1. Bezirk: Rahn-Singen.
2. Bezirk: Mayer Peter, Freiburg. Müller Adolf, Schopfheim.
3. Bezirk: Graf Oskar, Pforzheim. Dr. Kraus, Rehl. Trinks, Karlsruhe.
4. Bezirk: Mann, Heidelberg. Arnold, Mannheim. Frau Margrau, Mannheim. Eckloff, Mannheim.

Dazu kommt der Landesvorstand sowie Vertreter der Parteipresse.

Zur Aufstellung der Kandidaten zum Landtag.

hält Genosse Reinhold Mannheim das einleitende Referat. Man besahe sich schon heute mit dieser Frage des halb, weil voraussichtlich vor der nächsten Landtagswahl kein badiischer Parteitag, der die Kandidaten endgültig zu nominieren habe, mehr stattfinden werde. Der Parteitag sollte sich lediglich mit demjenigen seitens der Wahlkreisbelegte aufgestellten Kandidaten beschäftigen, gegen die Einsprüche vorliegen. Dies betreffe die Wahlkreise 2, 9, 15, 18, 19 und 21.

Des Weiteren beschäftigt sich Genosse Reinhold mit dem Antrag Sulzfeld, der ein Drittel der Landtagsfraktion der wertvollen Arbeiterkraft überlassen will. Der Antrag sei insofern gegenstandslos, weil es ja die Parteimitglieder in der Hand haben, Arbeiter aufzustellen.

Ein Antrag Karlsruhe, wonach es den einzelnen Wahlkreisen überlassen sein soll, für von der Kandidatenliste auszuscheiden, andere Vorschläge zu machen, findet seine Ergänzung durch folgende Bestimmung:

Die Rechte des Parteitags gemäß § 13c des Organisationsstatuts werden bis zur nächsten Landtagswahl vom Parteiaussschuß ausgeübt.

Nach reger Aussprache, an der sich die Genossen Kraft Mannheim, Schillhammer-Kantstadt, Ruf-Sedenheim, Marum-Karlsruhe, Töpfer-Karlsruhe, Hellmuth-Friedrichseld, Fiedler-Mannheim, Geiler-Freiburg, Weidner-Mosbach, Roth-Wehrheim, Dr. Engler-Frankfurt a. M., Trumppheller-Mannheim, Gahmann-Laudenbach und Roth-Karlsruhe beteiligten und die ein Schlußantrag beendete, wurde beschlossen, folgende Vorschläge für unbeanstandet zu erklären:

1. Wahlkreis (Mehrfach, Vullendorf, Stodach, Heberlingen): 1. Großhans Karl, Redakteur, Konstanz; 2. Bergmayer Engelbert, Schreiner, Vermattingen; 3. Kahn Friedrich, Landwirt, Eigeltingen.
2. Wahlkreis (Amtsbezirk Konstanz): 1. Großhans Karl, Redakteur, Konstanz; 2. Eppler-Zingen a. D. 3. Schwarz Emma, Wäglarin, Konstanz; 4. Kahn Jakob, Parteisekretär, Zingen a. D.
3. Wahlkreis (Donauschlingen, Gengen): 1. Mehner Leopold, Malermeister, Donauschlingen; 2. Hochwegler Erwin, Fabrikarbeiter, Weßlingen; 3. Bäuerle Josef Vinzenz, Mechaniker, Furtwangen.
4. Wahlkreis (Säckingen, Waldshut): 1. Brandhuber Stefan, Arbeiter, Brenner, Amt Säckingen; 2. Hübner Otto, Schlosser, Dangstetten, Amt Waldshut.
5. Wahlkreis (Werrach, Müllheim, Schopfheim): 1. Risch Ernst, Schriftfeger, Werrach; 2. Ruttler Emil, Bürgermeister, Müllheim; 3. Wengler, Karl, Reichsbahninspektor, Müllheim.
6. Wahlkreis (Freiburg-Stadt): 1. Marxhoff Philipp, Arbeitersekretär, Freiburg; 2. Kappes Peter, Gewerkschaftssekretär, Freiburg; 3. Wüster Wiliane, Witwe, Freiburg.
7. Wahlkreis (Freiburg-Land, Neustadt, Staufen, Waldkirch): 1. Juntobel Reinhard, Redakteur, Freiburg; 2. Schwab Karl, Geldscheiber, Neustadt.
8. Wahlkreis (Emmendingen, Lahr): 1. Dürr Hans, Gewerkschaftssekretär, Lahr; 2. Schieler Fritz, Schlosser, Emmendingen; 3. Mang Karl, Fortbildungsschul-Hauptlehrer, Emmendingen.
10. Wahlkreis (Offenburg, Eberbach): 1. Mayer Alfred, Schmied, Offenburg; 2. Heilig Andreas, Kranzpfleger, Kapfing; 3. Doll Friedrich, Kranzpfleger, Offenburg.
11. Wahlkreis (Wahl, Neß): 1. Dr. Kraus Emil, Bürgermeister, Neß; 2. Vogel Andreas, Kranzpfleger, Kapfing; 3. Sanger Karl, Elektromonteur, Neß.
12. Wahlkreis (Amtsbezirk Kallstadt): 1. Rüdert Leopold, Geschäftsführer, Karlsruhe; 2. Meßler Dionys, Schlosser, Kallstadt; 3. Sommer Margarethe, Hausfrau, Baden-Baden; 4. Berger Ludwig, Wertmeister, Ortenau.
13. Wahlkreis (Karlsruhe-Stadt): 1. Dr. Marum Ludwig, Rechtsanwalt, Karlsruhe; 2. Fischer Kurt, Kaufmann, Karlsruhe; 3. Schmitt Eugen, Schlosser, Karlsruhe; 4. Reimuth Edmund, Schulrat, Karlsruhe; 5. Rothbach Franz, Professor, Karlsruhe; 6. Erb Gustav, Arbeitersekretär, Karlsruhe.
14. Wahlkreis (Karlsruhe-Land, Ettlingen): 1. Kurz Heinrich, Landwirt, Gröbigen; 2. Söhler Josef, Maler, Ettlingen; 3. Wahlgren Christian, Wertmeister, Durlach; 4. Hölzer Emilie, Ehefrau, Neichenbach; 5. Hopf Albert, Viehweidebesitzer, Liebsheim.
16. Wahlkreis (Witten, Bruchsal): 1. Frink Dölar, Parteisekretär, Karlsruhe; 2. Moberg Peter, Eisenbahnsekretär, Untergrombach; 3. Himmel Jakob, Bürgermeister, Sulzfeld.
17. Wahlkreis (Zinsheim, Wiesloch): 1. Dr. Kemmle Adam, Minister, Karlsruhe; 2. Franz Wilhelm, Maurer, Eppingen.
18. Wahlkreis (Mannheim-Stadt): 1. Dr. Kemmle Adam, Minister, Karlsruhe; 2. Reinhold Georg, Landessekretär, Mannheim; 3. Blase Therese, Hausfrau, Mannheim; 4. Arnold Max, Steinarbeiter, Mannheim; 5. Stuy Wilhelm, Schlosser, Mannheim; 6. Wehner Karl, Schlosser, Mannheim.
20. Wahlkreis (Amtsbezirk Heidelberg): 1. Maier Emil, Direktor, Heidelberg; 2. Kaufs Karl, Regierungsrat, Karlsruhe.
22. Wahlkreis (Wuchen, Tauberbischofsheim, Wertheim): 1. Bischof Friedrich, Hauptlehrer, Waldbrunn; 2. Roth Karl, Schneidermeister, Wertheim; 3. Hed Josef, Eisenbahnarbeiter, Rauba.

Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag

zeitigt nach einem einleitenden Referat des Genossen Parteisekretär Reinhold eine lebhafte Debatte, an welcher sich beteiligten die Genossen Böhrer-Förzheim, Maier-Heidelberg, Stuy-Mannheim, Frau Fischer-Karlsruhe, Singer-Rheinfelden, Weidenhammer-Mosbach, Marxhoff-Freiburg, Töpfer-Karlsruhe und Rüdinger-Förzheim. Am Schluß der Debatte wird folgende Kandidatenliste mit Stimmenmehrheit angenommen:

1. G. D. Dölar, Mannheim.
2. Schöpflin Gg., Karlsruhe.
3. Maier Stefan, Freiburg.
4. Kemmle Adam, Karlsruhe.
5. Mann, Heidelberg.
6. Blase Therese, Mannheim.

Die weiteren Kandidaten zu nominieren wird dem Landesvorstand überlassen.

Ein Antrag Hemsbach, für die Aufstellung zu einer Reichstagskandidatur eine jährliche (statt jährliche) Parteimitgliedschaft vorzuschreiben, wird, weil dem Reichsstatut widersprechend, abgelehnt, dagegen ein Antrag Karlsruhe,

ruhe, der Landesvorstand möge in Berlin vorstellig werden, daß der Genosse Marum-Karlsruhe auf die Reichsliste für die Reichstagswahl gesetzt werden soll, angenommen. Die übrigen zur Kandidaten-Aufstellung für die Reichstagswahl gestellten Anträge sind durch die Annahme obiger Kandidatenliste erledigt.

Zu den Anträgen zur Reichspolitik

spricht Genosse Reichstagsabg. Maier-Freiburg, der den Antrag 20 (Billigen) über die Ausführung des Artikels 155 der Reichsverfassung und Antrag 22 (Einsparungen), der die Erhebung des Gelezentourtes betreffs Verbesserung der Bezüge der Unfall- und Invalidenrenten zum Gesetz fordert, als selbstverständlich erklärt. Ebenso selbstverständlich seien die sozialpolitischen Anträge 22 und 23. Es könne gar keine Rede davon sein, daß die Reichstagsfraktion, so bemerkt der Redner, zu Antrag 24 (Brühl-Modorfer) der Einführung des Schulrechts der Gemeinden zustimmt. Er beantragt, diese Anträge der Reichstagsfraktion als Material zu überweisen. Der Parteitag beschließt dementsprechend.

Der Parteitag beschließt nach einer Erklärung des Genossen Rüdiger-Karlsruhe, nochmals über die Belegung des Landesvorstandes nach Karlsruhe abzustimmen. Die Abstimmung ergibt das Verbleiben des Landesvorstandes in Mannheim.

Genosse Doktor G. D. Mannheim wünscht am Schluß des 1. Tages, daß die kommende Reichstagswahl der Sozialdemokratie den Sieg bringen werde. (Ved. Weifall.)

Der Parteitag verlegt seine Verhandlungen auf Sonntag vormittag 9 Uhr.

Bevor die Delegierten auseinandergehen, um ihre Quartiere aufzusuchen, wurde eine satirische

„Kote Revue“

aufgeführt, in der durch einige Schauplätze in einer Reihe expressionistischer Bilder die wirtschaftlichen Misse des Arbeiters, die Ausbeutung der Republik durch allerlei Kostgänger und sonstige politische Vorgänge in witziger Weise glosiert wurden, ausfindig in einer prophetischen Darstellung der kommenden Reichstagswahl. Die einzelnen Bilder wurden mit viel Beifall aufgenommen.

2. Tag.

Sonntag, den 25. März 1928.

Vor Eröffnung der Verhandlungen tritt der gemischte Chor des Volkshores auf die Bühne und singt unter Fiffers Leitung den ihmnamigen Chor „Sturm“, vom Parteitag mit herzlichem Beifall aufgenommen.

Genosse Reinhold Mannheim eröffnet die Tagung und begrüßt die Genossen Hülferding-Werlin und Stettin-Stuttgart. Die Offenbacher und Pfälzer Genossen sowie der Genosse Freidhof-Kassel haben Grüsse überandt. Für den 1. Bezirk des RWB ist Genosse Friedrich-Mannheim und für den Ortsaussschuß des RWB-Bezirks Genosse Hagenmayer-Förzheim anwesend.

Namens des Ortsvereins Förzheim begrüßt Genosse Graf die Delegierten, der den Charakter Förzheim als Stadt der Arbeit hervorhebt. Wenn man den Namen „Goldstadt“ höre, dürfe man nicht glauben, daß dieses Gold bei den Arbeitern sei. Aber auch für die Partei sei Förzheim ein historischer Boden. Der heilige Paracelsus sei während des Sozialistengesetzes gequält worden und sein Grabmal steht heute noch. Wäge dieser Parteitag seine schwere Aufgabe erfüllen. (Beifall.)

Genosse Dr. Hülferding überbringt namens des Parteivorstandes herzliche Grüsse. Er freue sich über den Geist der Kameradschaftlichkeit, der den Parteitag beherrsche. Er wolle in der Reichstagsfraktion wie im Parteivorstand habe man auf den Tag gemacht, auf den Tag, der die falschen Fäden von 1924 wieder richtigstellt. Trotzdem uns von Dr. Birch, er spreche hier die Auffassung des Reichsparteivorstandes aus, politische Auffassungen trennen, dürfen wir fragen, warum gerade dieser Mann vom Zentrum abgesetzt wurde. Im Kabinett Lehendach war er derjenige, der vor einer versöhnlichkeitsfeindlichen Außenpolitik warnte. Er habe später mit Rathenau den Grundriß gelegt zu der auswärtigen Politik, deren Erde heute Sirenenruf ist. Seinem Ruf: Der Feind steht rechts! ist Birch auch treu geblieben, als seine Partei rechts ging. Auch sein Wort: Wir brauchen die Erfüllung der Republik mit sozialem Geist, und dabei werde ich auf der Seite der Arbeiterklasse stehen, dürfe nicht vergessen werden. Er ist nicht mit dem Zentrum zum Väterchen gegangen, sondern hat als einziger seiner Fraktion der Bürgerblockregierung des Mittelraus ausgesprochen. In der ersten Genossenschaft, die es im Parlament nicht gewagt haben, gegen die Politik des Zentrums aufzutreten, ist sein Verhältnis keineswegs von grundsätzlichen Unterschieden getrennt worden. Die Abigung Birch sei ein Signal. Das Zentrum habe für ihn keinen Platz mehr, dagegen aber für die Männer des rechten Fühlers.

Wir können diesem Wahlkampf mit Zuversicht entgegensehen. Enttäuscht über den Vorkbruch der Deutschnationalen von 1924, müsse das Volk den Wahlag für sie zur Götterdämmerung machen. Das Maßkrat der kommunistischen Partei sei gebrochen, deren ideologische Krise verlegend wirke. Seit der Verbannung Trojtski und Sinowjews könne die kommunistische Partei nicht mehr behaupten, eine revolutionäre Partei zu sein. Wenn auch unsere Aussichten gut sind, heißt das nicht, weniger die Kräfte anzupassen, denn unter Sieg müsse so groß sein, daß eine Regierung mit den Deutschnationalen ein für allemal unmöglich ist. Der Volkshor singt anschließend den Chor „Brüderlingszeit“, dessen stimmungsvolle Weidergabe mit lebhaftem Beifall aufgenommen wird.

Genosse Reinhold dankt dem Volkshor für seine hervorragenden Darbietungen.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission

erstattet Gen. Schmitt-Überach. Darnach sind anwesend neben dem Landespartei-Vorstand und den Vertretern der Parteipresse 188 Delegierte und 10 Gäste.

Die Wahl des Landesvorstandes

hatte folgendes Ergebnis:

- Blase, Therese, Mannheim;
- G. D. Dölar, Mannheim;
- Sofmann, Albert, Heidelberg;
- Krämer, Hermann, Mannheim;
- Ving, Heinrich, Mannheim;
- Schwartz, Adolf, Mannheim;
- Trumppheller, Jakob, Mannheim;
- Zimmermann, Gustav, Mannheim.

Bericht der Landtagsfraktion.

Genosse Marum-Karlsruhe: Der Parteitag sollte sich über die Arbeit der Landtagsfraktion und über die Bedeutung des Landtags ein Urteil bilden. Er genüge einer Pflicht der Dankbarkeit, wenn er sein Bedauern über das Ausscheiden des Genossen Engler aus der Fraktion zum Ausdruck bringe, ebenso bedauere er das Ausscheiden des Genossen Freidhof und des Genossen Brimmer. Für den Genossen Engler rüde die Genossin Trautwein-Förzheim nach. Mit den Demokraten sei besonders in sozialen und Steuerfragen nur schwer Politik zu machen und ein Unterschied zwischen ihnen und der Volkspartei kaum zu bemerken. Das werde man auch auf den Rathäusern spüren. (Sehr richtig.) Minister Peers habe aber mehr geleistet, als seine Parteifreunde, die seine Vorgänger waren. Er bedauere die Entwicklung, die Herr Finanzminister Dr. Köhler genommen habe. Es habe sich gezeigt, daß man wohl ein guter Finanzminister in Baden sein kann, aber deswegen noch nicht ein ebenso guter Reichsfinanzminister zu sein braucht.

Die Gesetzesmühle habe auch in diesen zwei Jahren geklappt. Man höre schimpfen über die Gesetzesmähre, aber die Gesetze seien, weil nach Krieg und Inflation vieles gesetzlich geregelt werden mußte, notwendig; aber er gebe zu, daß bei uns vieles gesetzlich geregelt wird, was in anderen Ländern mit guter Ueberlieferung geht.

Das neue Landtagswahlgesetz habe die Landesliste beseitigt und das Gewicht in die Wahlkreise verlegt. Das neue Gesetz wolle eine engere Verbindung des Abgeordneten mit den Wählern herstellen und was noch beachtlicher sei, zur Arbeit in den Wahlkreisen anspornen. Weitere wichtige Gesetze seien auf dem Gebiete des Steuerwesens beschlossen worden. Die Gebäudensteuer, die nicht gerade beliebt sei, wurde verwendet, um Wohnungen zu schaffen. Das Zentrum werde froh sein, wenn die unitarische Reichsregelung des Hausinspektorengesetzes erreicht ist. Wie auch in Baden, behauptete ebenso die Industrie in Baden, daß die Steuern zu hoch seien, aber Baden stehe durchaus auf dem Reichsbuchschmitt. Im Grund- und Gewerbesteuergesetz wurden die Freigebenen zugunsten der kleinen Landwirter, Landwirter usw. erhöht. Steuerentlastung sei zur Zeit unmöglich, denn sie bedeute Einschränkung der sozialen Aufgaben des Staates. Insbesondere reite Herr Matthes von der Deutschen Volkspartei dieses Stedenpfeil. Von der Freiheit der eigenen Vermögensverwaltung haben die Kirchen keinen Gebrauch gemacht, weil sonst die Gefahr der Beistellung der staatlichen Dotationen entstände, für die der badiische Staat 4 Millionen R. M. auswendet. Es sei die Zeit gekommen, den Marum mit dem Abbau dieser freiwilligen Leistungen des Staates zu machen. (Sehr richtig.) Das Ministerienkongressgesetz sei ein Gebot der Anständigkeit gewesen. Leider habe man in Baden die Reichsregelung der Beamtenbeholdung übernehmen müssen, die unsozialer sei, als die unferer Vorkriegsregelung. Es sei der Fraktion gelungen, durch Koalitionsvereinbarungen Verbesserungen für die unteren und mittleren Beamten zu erreichen. Besonders müsse hervorgehoben werden, daß wir eine Pensionshöchstgrenze haben. Bei den Beamtengehältern müsse auch das Leistungsprinzip angewendet werden. Die Beamten dürften nicht vergessen, daß der schlechteste Schreiber besser bezahlt ist, als jeder Arbeiter und die Sicherung seiner Existenz im Gegensaß stehe zu der Unsicherheit der Arbeiterexistenz.

Das Defizit der Budgetperiode 1928/29 von 24 Millionen könne erschrecken. Zentrum und Demokraten wollten vor den Wahlen aus begrifflichen Gründen keine Steuererhöhungen. Das Ministerium des Innern, das Genosse Kemmle verwaltete, gebe jährlich allein für Wohlfahrtszwecke 16 Millionen Mark aus, eine Summe, die ein Beweis für das herrschende Elend sei. Für die Landwirtschaft werde mehr ausgegeben, als unter der früheren großherzoglichen Regierung, für den Wohnungsbau seien 20 Millionen Mark eingeweiht. 1926 seien über 13 000 neue Wohnungen, davon 88 Prozent mit öffentlichen Darlehen, gebaut worden. In den letzten fünf Jahren seien 175 Millionen Mark für den Wohnungsbau aufgewendet worden.

Zur Frage des Reichsschulgesetzes erklärt Genosse Marum, daß die Reichsratsinstitution vor der Reichstagsberatung eine belanglose Angelegenheit war. Die Beschlüsse der badiischen Regierung seien in unserem Sinne weitgehend gewesen, als die der vormaligen Regierung. Es kam uns darauf an, das Zentrum dazu zu bringen, den Vorrang der Gemeindefiskule zu bestimmen. Das sei gelungen und dafür habe das badiische Zentrum von der Reichspartei des Zentrums und der Kirche keine Prellung erhalten. Es seien uns richtiger, auf die Dauer die Befestigung der Simultanfiskule zu erschweren. Die verklärte Simultanfiskule des Reichsschulgesetzeswurfes sei nicht unser Schulideal, sondern die weltliche Gemeindefiskule, zu der wir kommen, wenn wir vorangehen, alle Kinder in die Gemeindefiskule zu schicken.

Das Justizministerium sei als erstes zeit für die Verrechtlichung. (Sehr richtig.) An der Spitze des Finanzministeriums müsse ein beweglicher Mann stehen. Von den 101 Millionen Reichsüberweisungen erhalten das Land rund 60 Millionen Mark und die Gemeinden 38 Millionen Mark. Der Berichterstatter gibt ein anschauliches Bild der Steuererhebung, ihrer Wirkung und der Einnahmen des badiischen Staates auch aus seinen wirtschaftlichen Unternehmungen und Betätigungen. Es werde viel über die Zukunft des Landes gesprochen. Nach unserem Parteiprogramm treten wir für den dezentralisierten Einheitsstaat ein. Die Selbstverwaltungsorgane dürften dann nicht der Bürokratie überantwortet werden, sondern müssen Volksvertretungen haben. Allerdings müßte eine Parlarmentisreform durchgeführt werden. Anbere, die angeblich fürberalisten sind, werden Unitarier, wenn Entscheidungen zu fällen sind. Wenn wir auch Unitarier sind, müßten wir doch erkennen, daß die Landesparlamente noch Zukunft haben.

Die Fraktion habe alles versucht, das Beste für das Proletariat zu erreichen. Wir bitten Sie also um eine gnädige Strafe. (Beifall.)

Genosse Mann-Denzlingen begründet den Antrag, an die praktische Ausführung des Agrarprogramms heranzugehen. Er tritt besonders für den Ausbau der landwirtschaftlichen Fachschulen ein. Heute erhalte die landwirtschaftliche Bevölkerung so gut wie gar keine berufliche Ausbildung.

Genosse Dr. Kraus-Kehl will der Gerechtigkeit halber voraussichtlich, daß er wesentlich die Ausführungen des Genossen Marum unterbreite. Aber Genosse Marum habe das Verhältnis zwischen Staat und Gemeinde nicht behandelt. Wohl sei in der Spitze ein Wandel eingetreten, aber die Bürokratie sei noch die alte. Weil er weiß, was Genosse Kemme auf dem Gebiete geleistet hat, wolle er sagen, daß die Genossen draußen die Berater sein sollten. Die Landtagsfraktion solle auch den Rat des kommunalpolitischen Ausschusses einholen. Die Wählung der Landesbesitzverbände verleihe die Heranziehung fachlicher Kräfte und er glaube, eines Tages müsse eine Korrektur eintreten. (Beifall.)

Genosse Kimmelman-Karlsruhe mißt dem Antrag 13 (Willingen), der Zurückführung der Schulforderungen des Reichelberger Programms fordert, große zukünftige Bedeutung. Man müsse sich auf den Geist der Schulartikel von Weimar beziehen.

Genosse Karzer-Wilferdingen begründet den Antrag 16 auf Festlegung einer Gehaltshöchstgrenze.

Genosse Biker-Brühl-Rohrdorf erhebt ein Antragsbegehren bei den Sozialrentnern. Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die in vorderster Linie mitzureden, füllen mit die Not der Sozialrentner.

Genosse Kraft-Mannheim erklärt, daß sich die Mannheimer der Zustimmung zum Bericht der Landtagsfraktion anschließen. Es sei notwendig, einmal nachzuprüfen, ob für die Förderung des 9. Schuljahres bereits die Voraussetzungen gegeben sind. Genosse Kraus habe ihm mit der Kritik an der Festlegung der Landesliste aus dem Herzen gesprochen.

Staatspräsident Genosse Dr. Kemme: Wir sind im Anlauf zu einem schweren Reichstagswahlkampf. Aber der Grund seiner Verformung seien Anregungen aus Kreisen von Gemeindevorstehern. Er kenne die gute alte Jugend, von Zeit zu Zeit in den Gemeindeparlamenten auf den Winkeln des Innern zu schimpfen. Wenn von Oberbürgermeistern oder Bürgermeistern über die Herabsetzung des Reichsanteils des Landes räsonniert würde, dann sollte von unseren Genossen die Heranziehung von Mezentzen der Regierung gefordert werden. Bürgerlich eingestellte Bürgermeister nehmen sich den berechtigten Inneminister zum Angriffspunkt. Gegenwärtige Verhandlung werde sich leicht ermöglichen lassen. Das Ultimatum, den Verzicht zu helfen, aus diesem Staat einen sozialen Staat zu machen, haben wir nie verlassen. Wir hoffen, den Kampf um den sozialen Staat siegreich zu bestehen. (Beifall.)

In seinem Schlusswort bemerkt Genosse Marum, daß eigentlich Kritik an der Landtagsfraktion nicht gelte.

Der Parteitag überreichte fobann die Anträge 10 (Willingen), betr. Verwaltungsreform, 11 (St. Georgen i. Schw.), betr. Ausschluß über die Republikanisierung des verantwortlichen Beamtenkörpers fordert, 12 (Denzlingen) auf Durchführung des Agrarprogramms, 13 (Willingen) betr. Schulpolitik, 14 (Brühl-Rohrdorf) die Behördlichkeitsprüfung bei den Sozialdemokraten betr.

15 (Heiligenberg), der Demokratisierung der Verwaltung fordert, 16 (Wilferdingen) auf Festlegung einer Gehaltshöchstgrenze, 17 (Springen) auf Forderung verbilligter Bauholzes zum Kleinstwohnungsbau an die Gemeinden, 18 (Zulzfeld) Wahlvorschlüsse betr. und 19 (Karlsruhe) der Landtagsfraktion zur Berücksichtigung.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete ein ausgezeichnetes Referat des Genossen Reichstagsabg. Hifferding-Verlin über

„Die wirtschaftliche Entwicklung und ihre politischen Folgen“

Rehner sagte u. a. folgendes aus: Der Weltkrieg hat viele Probleme geschaffen und gewaltige wirtschaftliche Umwälzungen herbeigeführt, wie an verschiedenen Beispielen nachgewiesen wird. Die Industrialisierung habe rascher Fortschritte gemacht als die soziale Anpassung. Die deutsche Chemie mache uns unabhängig vom Ausland und von Kolonien. Zwischen den alten und neuen Industrieländern müsse man zu einer Ausgleichung kommen. Die Frage der Handelspolitik müsse nach neuen Gesichtspunkten gelöst werden. Auch Deutschland müsse als vollwertiges Mitglied in den Weltwirtschaftsvertrag eingegliedert werden. Ausland sei fast noch völlig von dieser Eingliederung in die kapitalistische Weltwirtschaft ausgeschlossen. Die Russen wachen großes Interesse daran, daß sie das Wirtschaftsbild der Weltwirtschaft erreicht haben. Durch die Säugungsindustrie ist der Aufschwung Großstädte die Bevölkerung Schlinge um Lebensmittel und auf dem Lande fehle es an den Produktionsmitteln. Wir in Deutschland haben einen gewaltigen Wiederaufbau der Wirtschaft seit dem Kriege vollzogen u. auf den verschiedensten Gebieten den Fortschritt längst überschritten. Rehner bespricht eingehend die traurigen Zustände in Rußland, die selbst der schlagartigste deutsche Arbeiter nicht eintauschen möchte. Dies müsse gegenüber der kommunistischen Agitationsfabrikation festgehalten werden. Die Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Trusts gibt uns die Grundlage, die Wirtschaft mit der Welt in einem Einklang zu unterwerfen. Durch die Säugungsindustrie fuche man den Weltmarkt zu beeinflussen. Soweit dies nicht ansteht, fuche man sich zu internationalen Kartellen zusammenzuschließen, um ein Weltmarktmonopol zu schaffen. Der deutschen Exporterzeugung komme eine große Bedeutung zu; wir haben gegenüber der Vorkriegszeit auf diesem Gebiete unbestritten große Fortschritte gemacht. Der Exporterzeugung der Sozialversicherung habe sich verdreifacht. Vor dem Kriege gab es keine gesetzliche Beschränkung der regelmäßigen Arbeitszeit. Die Arbeitsaufträge der Industrie seien den Arbeitnehmern, um den wir heute auf neue Schritte müßten. Das Meer der Arbeitslosen drücke auf den Aufstieg der Arbeitskräfte. Früher habe man den Gedanken der Arbeitslosenversicherung als Utopie bezeichnet und sie als Prämie auf die Faulheit bewertet; heute ist die Arbeitslosenversicherung Tatsache geworden. Auch auf dem Gebiete des Schulungswesens haben wir große Fortschritte zu verzeichnen. Wohl sind bei diesen Schulungsmaßnahmen Mängel vorgekommen, aber unter dem Druck der Sozialdemokratie ist doch den Arbeitern vieles zugeführt worden. Noch seien wir fern von den Höhen der Kultur. Die Arbeiter daran teilnehmen zu lassen, ist unser Kampf. Napoleon sagte: „Politik ist Schicksal“. Das ist richtig. Die Weltwirtschaft ist keine nationale, sondern eine internationale Frage. Die Festlegung des Schicksals durch das Washingtoner Abkommen sei eine politische Angelegenheit, die bei den Wahlen zu den Parlamenten der verschiedenen Länder entschieden wird. Rehner kommt auf die Lohnfrage zu sprechen. Der Arbeitslohn in Deutschland sei wohl niedriger als in Amerika, aber höher als in Italien und anderen Ländern. Wir dürfen deshalb unsere Löhne nicht herabdrücken lassen; es müssen vielmehr die Arbeiter der anderen Länder, die noch schlechter bezahlt sind, verstanden, diesen Uebelstand auszugleichen.

Was von der Industrie gesagt worden ist, gilt auch von der Landwirtschaft. Eine Interessengemeinschaft verbindet den Arbeiter mit dem Landwirt. Worumter die Land-

wirtschaft selbst, sind nicht die Steuern, sondern die ungleiche Steuerverteilung. Wenn der reaktionäre Landbund die Bauern aufpufft, so stehen wir dieser Aufgabe gegenüber. Der Bauer wird bald einsehen, daß er durch die Erzeugnisse der Wissenschaften betr. Wir wollen den Bauern die Erzeugnisse der Wissenschaften betr.; wir wollen ihre Genossenschaften fördern; wir wollen den Absatz der bäuerlichen Produkte erleichtern. Das geschieht nur dadurch, daß der Arbeiter in den Stand gesetzt wird, die landwirtschaftlichen Produkte zu kaufen. Hier hilft keine Politik, sondern die wirtschaftliche Hebung des deutschen Arbeiterstandes. Wir dürfen nicht vergessen, daß es noch nicht allzulange her ist, wo es noch Sklaven gab, wo der Herr über Leben und Tod seiner Untertanen verfügte. Wenn wir mit der kapitalistischen Wirtschaft aufzuräumen wollen, so in erster Linie, um die schwarze und weiße Kohle dem Volke, der Allgemeinheit zu sichern.

Die heutige moderne Demokratie beruht auf den starken Arbeiterorganisationen. Unsere Aufgabe ist es, diese Demokratie mit sozialem Geiste zu durchdrängen. Was uns von den Sozialisten trennt, ist die sittliche Erkenntnis, daß wir nicht leben können ohne Freiheit. Wir wollen frei sein, selbst wenn es uns dabei wirtschaftlich etwas schlechter gehen sollte. Weil wir Sozialisten sind, wollen wir die Massen zum Glück der Besten hinüberführen. Bei dem Wahlkampf handelt es sich nicht um die Einführung des Sozialismus, aber um Freimachung des Weges zu ihm. Wir werden im Wahlkampf um viele wichtige Gesetze zu ringen haben. Aber nicht nur um die Gesetzgebung, auch um das Eindringen in die Reichsverwaltung handelt es sich. Die Wohnungsfrage liegt noch sehr im Argen und bedarf dringend der Lösung. Der steigende Widerstand der Reichsparteien, die Einschränkung der Selbstverwaltung, die Einengung der Demokratie müsse gebrochen werden. Die Schaffung des Einheitsstaates müsse der Richtung der Selbstverwaltung und der Stärkung des Einflusses der Arbeiterkraft auf diesem Gebiete geschehen. Wenn wir in den Wahlkampf eintreten, gilt es, Abrechnung zu halten mit dem Bürgerblock. Dieser Bürgerblock habe die Reichsfinanzen gründlich ausgedünnt. Das Ende dieses Bürgerblocks ist, daß für 700 Millionen Defizit Rechnung gemacht werden muß. Die Bürgerblockregierung war die teuerste, Steigerung der Ausgaben, Aufhebung früherer Ersparnisse, das ist die Leistung der Bürgerblockregierung. Wir kämpfen bei der Reichstagswahl um die Befreiung mit anderen feilschen Feinden, und damit um die Befreiung des deutschen Gebietes, um die Regelung der Reparationsverpflichtungen u. a. m. Aus dem Wahlen muß ein neuer Geist hervorgehen. Der Dienst der Freiheit ist ein schwerer Dienst. Mit Freiheit ist Verantwortung verbunden. Die Arbeiter sind selber noch gesplittert. Die Arbeitgeber stehen ohne Unterschied der Weltanschauung zusammen. Das sollten sich die sachlichste wie auch die kommunistischen Arbeiter vor Augen halten. Wie stark wäre die Arbeiterkraft in Deutschland, wenn sie einig wäre. Kein größerer Dienst kann der Arbeiterklasse erwiesen werden, als daß die Sozialdemokratie als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgeht. Es gilt einen Reichstag zu schaffen, der nicht mehr gegen die Arbeiterkraft regieren kann. Der Unterwergtheit des Arbeiters muß aufhören. Die Arbeiter können frei sein, wenn sie wollen. Es geht um Macht, Macht und nochmal Macht!

Stürmischer Beifall folgte dieser Rede. Der Parteitag verzichtete auf eine Besprechung des Referats.

Genosse Reibold dankt den Vorredner Genossen für die Organisierung des Parteitags und erwiesene Gastfreundschaft. Er dankt aber auch den Genossen Dr. Engler, Krehlhoff und Brämmer, die von Baden fortgezogen, für ihre in der badischen Sozialdemokratie geleistete opferwillige Arbeit.

Mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf die bolschewistische Sozialdemokratie und dem Gesang des ersten Verses der Arbeiter-Marseillaise fand der glänzend verliefene badische Parteitag sein Ende.

Gewerkschaftsbewegung

Verbindlichkeitsklärung des Buchdruckerstreiks

W.Z. Berlin, 24. März. Der Streik der Buchdruckerbewegung ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Der Reichsarbeitsminister hat den Streik der tariflichen Schlichtungsstelle vom 9. März 1928 mit folgender Begründung für verbindlich erklärt: Die in dem Streikspruch vorgesehene Regelung steht einer Erhöhung der Lohnsätze in der Ortsklasse A von 52,50 Reichsmark auf 56 RM. und in den übrigen Ortsklassen eine entsprechende Lohnsteigerung vor. Aus der gesamten Lohnliste, die die tarifliche Schlichtungsstelle, kann gefolgert werden, daß dieser Vorschlag die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ungenügend berücksichtigt, dies umso mehr, als es sich auf Arbeitgebeten um einen Verband handelt, der sich auf das ganze Reich erstreckt und der neben großen und leistungsstarken Betrieben auch eine große Anzahl von mittleren und kleinen, in ihrer Finanzkraft beschränkten Betrieben umfaßt. Bei einseitiger Beurteilung des gesamten Gewerbes muß daher berücksichtigt werden, daß schon die im Streikspruch vorgeschlagene Lohnsteigerung für viele mittleren und kleinen Betriebe eine Belastung ist, welche die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit bedeutet.

In den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium war eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen. Die Gegenüberstellung der Meinungen läßt eine Verständigung als ausgeschlossen erscheinen. Es ist zu erwarten, daß ein tariflicher Zustand im Buchdruckerstreik zu Schwierigkeiten führen wird, deren Auswirkungen sowohl für das Buchdruckerbetriebe wie für die Allgemeinheit, insbesondere in der jetzigen Zeit, unvertretbar wäre. Die Verbindlichkeitsklärung des Streiks war daher erforderlich.

Lapserfreier in Mannheim

W.Z. Mannheim, 26. März. Die Lapsermeister-Zwangsinnung Mannheim sowie die Rudolfsbrunn Innung leiteten Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnabkommens ab. Das neue Lohnabkommen ist freitags am 16. März abgeschlossen. Eine einstweilige Lohnabkommenssammlung der Lapsermeister nahm zu dieser Sache Stellung und beschloß, ab heute, Montag, 26. März, in den Zustand zu treten.

Arbeitslosenberufung. Die Weber der mechanischen Wundweberei haben auf Grund der vor acht Tagen eingereichten Kündigung nunmehr die Arbeit niedergelegt, da sich die Beilegung der Differenzen nicht erzielen ließ. Der übrige Betrieb geht weiter.

Aus aller Welt

Kampfbücherei eines 13jährigen Jungen

Genau a. M., 23. März. Der bei der im diesigen Kasernegebäude untergebrachten Seiplanfabrik beschäftigte 13jährige Lehrling Wilhelm Fuchs hat heute nachmittags Lohnnehmer im Betrage von 1232 M. erhalten. Als er damit über den Kasernehof zurückkam, wurde er von einem etwa 13jährigen Jungen angefallen, der ihm geworfen und schwer verletzt. Der jugendliche Räuber erbeutete die Kassenkasse mit Lohngehältern und kassierte in den nächsten Tagen. Die Verfolgung wurde sofort aufgenommen.

Schrecklicher Mord

Gladbek, 23. März. Heute früh wurde vor seiner eierförmigen Wohnung der 19jährige Helmuth Daudt, der spät abends von einem Kommando aus Buer heimkehrte, ermordet aufgefunden. Die Leiche wies schwere Stichverletzungen auf. Da die Gesichtsteile fehlten und vom Täter mitgenommen worden sind, nimmt man an, daß der Täter anonym veranlaßt gewesen ist. Er konnte noch nicht ermittelt werden.

Mutbad im Gerichtssaal

Sindringen, 23. März. Während einer Disfroschüberhandlung folgte der 23. März einer Schöndenerordnung mit tariflicher Mithandlung beklagte Grubenarbeiter Biesiol mit einem mitgebrachten Knüttel auf die Klägerin, die Ehefrau Sophia mit solcher Gewalt ein, daß sie blutüberströmt bestimmungslos zusammenbrach. Biesiol konnte nur mit großer Mühe übermächtig werden. Er wurde sofort in das Gerichtsgewahrsam abgeführt. Der Täter erklärte, er werde die Frau erwidern, wenn er wieder in Freiheit sei. Es wurde gegen ihn ein Verfahren wegen verübten Totschlags eingeleitet.

Die Leiche des durch eine Larve verfallenen Schäfers

Krummhölz, 23. März. Die Leiche des am Kleinen Teichs durch eine Larve verfallenen 18 Jahre alten Bauernwerkstätten Schäfers aus Erdmannsdorf im Wiesentale ist heute zum militärischen Bestattungsbureau in Wiesentale in ein feierliches Bestattungsbureau übernommen. Die Leiche, die in einem Graben aufgefunden wurde, zeigt keine Verletzungen. Einher lag in einer Tiefe von 3,5-4 Meter unter dem Schnee begraben.

Brandkatastrophe in einer Eisenbahnreparaturwerkstätte

Großheeseler, 23. März. Die Reparaturwerkstätte der jugoslawischen Staatsbahnen, die 800 Arbeiter beschäftigt, ist vollständig abgebrannt. Der Schaden beträgt 300 Millionen Dinar.

Auto gegen Leitungsmaße gefahren

Bei Rassel fuhr nachts ein mit 10 Personen besetztes Auto gegen einen Leitungsmaß der elektrischen Straßenbahn und dann gegen ein Haus, wobei es schwer beschädigt wurde. Von den Insassen bis einer tot am Wege, während die übrigen zum Teil schwere Verletzungen davontrugen.

Zum Erdbeden in Mexiko

Nach einer Meldung des Matin aus Mexiko hat das kürzlich Erdbeden in der Hauptstadt den Tod einiger Personen verursacht. Mehrere Häuser sind einstürzt. Einige kleine Kulkane gegen Rauchentlastung. In der Provinz soll eine große Anzahl Personen verletzt worden sein. Die Häuser schwanden und die Kirchenglocken begannen zu läuten.

Einführung der Sommerzeit in Belgien am 14. April

Nach der Derrichte Stunde hat die belgische Regierung auf Ersuchen der französischen Regierung beschlossen, nicht wie ursprünglich geplant war, die Sommerzeit in der Nacht vom 22. auf 23. April sondern in der Nacht vom 14. auf 15. April einzuführen.

Freidenkewahlen in Berlin

Berlin, 26. März. (Grundbesitz.) Am Sonntag fanden in Berlin die Freidenkewahlen statt. Die sozialdemokratische Liste wurde durch den abgesehenen Stimmenstand 19 Mandate, während auf die Opposition 17 Mandate entfielen.

Kleine badische Chronik

* Wolsch i. A. Hier verhaftete die Gendarmerie zwei Burgen namens Wilhelm Herrmann und Josef Wacker, die verschiedene Betrügereien und Verbrechen begangen. In Wolsch gelang es ihnen u. a., den Aberglauben einer Familie auszunutzen. Sie hatten gebittet, daß es in dem Hause kühlen solle und versichert nun, den bösen Geist, der auch das Vieh bezaubert habe, austreiben zu können, wenn 1000 RM. auf dem Friedhof nachts zwischen 12 und 1 Uhr vergaben würden. Die leichtgläubigen Leute fielen auf die Köpfe herein, und die Ganner verließen weiter, auf diese Weise Geld zu erzielen, bis die Polizei hinter die „Geister“ kam und so dem Spuk ein Ende machte.

* Teiberg. Die beiden Wanderburschen, die verdächtig sind, in Wöhrbach den Dierloch erbrochen zu haben, konnten hier gefast und ins Amtsgefängnis eingeliefert werden.

* Hintersarten. Aus bisher noch unaufgeklärter Ursache entstand hier in einem in der Nähe der Kirche gelegenen einstöckigen Gebäude Feuer, das sich rasch ausbreitete und für die dicht daneben stehenden Wohnhäuser, die zum Teil noch mit Schindeln bedeckt sind, eine große Gefahr bildete. Den Bemühungen der Feuerwehr gelang es, den Brand auf seinen Verb zu beschränken und von den Nachbarnwänden abzuwenden. Die herrschende Windstille war dabei eine gute Hilfe.

* Hagau. Der Fischer Bernhard Erlindiel war damit beschäftigt, selbste Wäble zur Ausbesserung des Gondelhafens am Hafen zu transportieren. Dabei schlug durch einen unglücklichen Zufall ein Wäble ihm direkt ins Gesicht, das Ehrinzel mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

* Mendenungen von Ortsbesitzungen. Das Staatsministerium hat unter dem 18. ds. Mts. beschlossen, daß mit Wirkung vom 1. April 1928 die Stadt Willingen den Namen „Willingen im Schwarzwald“, die Gemeinde Königfeld den Namen „Königfeld im Schwarzwald“ und die Gemeinde Schönwald den Namen „Schönwald im Schwarzwald“ zu führen haben.

* Süddeutscher Rundfunk. Programmänderung. Der für Dienstag, 27. März, 20.15 Uhr, vorgesehene „Vollständige Aufführung „Abend“ muß auf eine spätere Stunde verlegt werden, da um 20 Uhr eine Ueberrtragung aus dem Konzertsaal des Deutschen Auslands-Instituts stattfindet. Dr. Guido Bagler, Berlin, wird das neuentdeckte Tri-Craon-Verfahren (elektrisch-optisches Aufnahmeverfahren von Bild und Ton) vorführen und in einem kurzen Vortrag auf die Bedeutung des Tonfilms für den Rundfunk eingehen. Anschließend an diese Ueberrtragung beginnt dann der „Vollständige Aufführung „Abend“.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Abd. Landestheater: 9. Sinfonie-Konert. Von 20-22 Uhr. Maria-Bath: Höhere Richter. Baby auf Abwegen. Balala-Richtspiele: Quo vadis? Belvoirprogramm. Neudens-Richtspiele: Die seltsame Geschichte. Albrecht Dürer. Kammer-Richtspiele: Die glühende Gasse. Der Schächer 1881. Union-Theater: Der Rastelbinder. Abd. Lichtspiele: König der Könige. 20.15 Uhr. Grottem: Venus. Schwanen des Sorems. 20 Uhr. Stadttheater: Original Oberständer Komikertheater. 20 Uhr. Welttheater: Der Kampf um die Todesstrafe.

Ämtliche Bekanntmachungen

Zur Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer beim Versicherungsamt Karlsruhe wurden folgende vorgeschlagen:

- I. Seitens der Arbeitnehmer: 1. Wachsman Adolf, Maschinenmeister, Adlerstraße 1. 2. Nies Wilhelm, Gewerkschaftsangeh. u. Gewerkschaftsleiter, Gießstraße 10. 3. Huber Heinrich, Schreiner, Durlach, Muerstraße 20. 4. Hüffer Simon, Gipser, Steindergäßchen 7. 5. Gähler Robert, Kraftfahrer, Akademiestr. 37. 6. Giesbaum Georg, Gewerkschaftssekretär, Müppurter Straße 104. 7. Koch Wilhelm, Geschäftsführer, Schützenstr. 16. 8. Noll Bruno, Werkmeister, Turmerdeheimer Straße 5. 9. Wiener Adolf, Vater, Offenbachstraße 44. 10. Walter Wilhelm, Geschäftsführer, Schützenstraße 16. 11. Tappert Bruno, Schreiner, Akademiestr. 23. 12. Seis Karl, Dreher, Günterbergplatz 4. 13. Krieger Josef, Maler, Mühlweg, Sirenenweg 36. 14. Noll Hans, Geschäftsführer, Wilhelmstraße 69. 15. Streib Max, Zementeur, Hirschstraße 45. 16. Müller Franz, Buchbinder, Soffenstraße 56. 17. Böhm Johann, Schreiner, Marienstraße 27. 18. Müller Georg, Stadt. Arbeiter, Gerwigstr. 56.

II. Seitens der Arbeitgeber

- Vorschlagsliste: Industrie, Handwerk, Landwirtschaft, Einzelhandel, Großhandel, Genußzweige, Karlsruher Hausfrauenbund, Kauf-, Frauenbund, Arbeitervereine, zur Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer des Versicherungsamts Karlsruhe. 1. Euning August, Fabrikdirektor, Karlsruhe, Durlacher Allee 31. 2. Dold Ferdinand, Maurermeister, Karlsruhe, Rheinstraße 21. 3. Weil J., Fabrikant, Graden. 4. Böhm Ludwig, Landwirt, Graden. 5. Sabel August, Profiteur, Karlsruhe, Magazinstr. 28. 6. Meier Karl, Malermeister, Karlsruhe, Karl-Wilhelmstraße 2. 7. Oeh Joh. Aug., Kaufmann, Karlsruhe, Vins der Allee 20. 8. Ufer Bernhard Otto, Kaufmann, Karlsruhe, Karlstraße 29. 9. Hoffmann Franz, Friseurmeister, Karlsruhe, Karlstraße 57. 10. Harth Hans, Fabrikant, Karlsruhe, Wolfstraße 42. 11. Amst August, Schlosser, Karlsruhe, Kaiserstraße 42. 12. Meier Fritz, Postinspektor, Karlsruhe, Umlandstraße 42. 13. Dr. Günther Emil, Fabrikdirektor, Turmerdeheimer Straße 61. 14. Krieger Philipp, Maurermeister, Durlach, Weinmattener Straße 18. 15. Gähler Franz Maria, Karlsruhe, Kriegsstraße 140. 16. Meyer Fritz, Metzger, Karlsruhe, Fohlystr. 5. 17. Deinsheimer Otto, Rechtsanwalt, Karlsruhe, Karlstraße 38. 18. Groß Heinrich, Landwirt, Weischnereut.

Da seitens der Arbeitgeber wie seitens der Arbeitnehmer nur je eine gültige Vorschlagsliste eingereicht wurde, gelten die unter D.3. 1-6 i. d. 1. Zeile bezeichneten Personen als gewählt. Eine Wahl findet daher am 25. März 1928 nicht statt. Wahlamt: Versicherungsamt - Karlsruhe - Regierungsstr. 452

Biehmarktordnung der Stadt Durlach.

Nachstehend bringen wir die mit Erlaß des Herrn Landeskommissars vom 20. März 1928 für hiesigen Ort erlassene ordnungsgemäße Vorschriften, die Biehmarktordnung für die Stadt Durlach betr., zur öffentlichen Kenntnis. Auf Grund des § 69 und 70 der Reichsgewerbeordnung, § 17 des Viehhandlungs-Gesetzes vom 26. 6. 1909, § 12 und 48 der Ausführungs-Vorschriften des Bundesrats zum Viehhandlungs-Gesetz vom 7. 12. 1911 § 30 und 31 der Bad. Vollzugs-Verordnung zum Viehhandlungs-Gesetz vom 29. 4. 1912, § 9 und 36 Bad. Vollzugs-Verordnung zum § 366, Abs. 10, Reichs-Vollzugs-Gesetz wird mit Zustimmung des Stadtrats der Stadt Durlach nach Vollziehung der durch Erlaß des Herrn Landeskommissars vom 20. 3. 1928 unter Aufhebung aller bisher ergangenen Vorschriften mit folgender Wirkung für die Gemeindebezirke der Stadt Durlach als ordnungsgemäße Vorschriften folgende:

Viehmarkt-Ordnung

- § 1. Die Vieh- und Schweinmärkte finden jeweils am 4. Mittwoch des Monats statt. Fällt ein christlicher oder staatlicher Feiertag auf einen solchen Mittwoch, so wird der Markt an dem darauffolgenden Donnerstag abgehalten. Eine anderweitige Verlegung des Marktes auf einen anderen Tag wird jeweils in den Tageszeitungen rechtzeitig bekannt gegeben werden. § 2. Der Schweinmarkt findet jeden Samstag statt, fällt auf diesen Tag ein Feiertag, so wird der Markt am Freitag vorher abgehalten. § 3. Die Vieh- und Schweinmärkte werden auf dem vom Stadtrat der Stadt Durlach jeweils dafür bestimmten Plätze abgehalten: A. Zeit findet der Viehmarkt auf dem Platz beim Rathaus, "zum Waldhorn", der Schweinmarkt auf dem Weisnerweien (Schloßstraße) statt. An Tagen, an denen ein Vieh- oder Schweinmarkt stattfindet, ist das Führen von Vieh und Schweinen außerhalb des Marktplatzes den ganzen Tag über bis zur Beendigung des Marktes verboten. Unterhalb des Marktplatzes dürfen daher während dieser Zeit Vieh und Schweine nicht aufgestellt werden. § 4. Der Viehmarkt beginnt in den Monaten Januar, Februar, November, Dezember um 8 Uhr beginn. Tagesanbruch, März, April, September, Oktober um 7 Uhr, Mai, Juni, Juli, August um 6 Uhr morgens. Die Zufuhr der Tiere auf den Marktplatz erfolgt von 6 bis 8 Uhr morgens.

Tietz Hermann Tietz advertisement for curtains and fabrics. Includes sections: Gardinen abgepaßt, Gardinen vom Stück, Handarbeits-Abteilung. Lists various fabric types and prices.

Großer Frühjahrs-Sonderverkauf

unserer Spezial-Abteilung für Innen-Dekoration

Innen-Dekoration

von Montag, den 26 bis Samstag, den 31. März

Interior decoration advertisement listing various items like carpets, curtains, and furniture with prices. Includes sections: Teppiche u. Vorlagen, Tisch- und Diwanddecken, Möbel-Dekorations-Stoff, Linoleum.

Der Schweinmarkt

Der Schweinmarkt beginnt in den Monaten April bis einchl. September um 7 Uhr, in den übrigen Monaten um 8 Uhr vormittags bzw. mit Tagesanbruch.

Amfang und Ende der Marktzeiten

Der Durchgangsverkehr über die Marktplätze ist für die Zeit von einer Stunde vor dem in § 4 und § 5 angelegten Marktbeginn bis zum Erlöschen des Marktes angedeuteten Glockenzeitens verboten.

Amfang und Ende der Marktzeiten

Der Durchgangsverkehr über die Marktplätze ist für die Zeit von einer Stunde vor dem in § 4 und § 5 angelegten Marktbeginn bis zum Erlöschen des Marktes angedeuteten Glockenzeitens verboten.

Amfang und Ende der Marktzeiten

Der Durchgangsverkehr über die Marktplätze ist für die Zeit von einer Stunde vor dem in § 4 und § 5 angelegten Marktbeginn bis zum Erlöschen des Marktes angedeuteten Glockenzeitens verboten.

Amfang und Ende der Marktzeiten

Der Durchgangsverkehr über die Marktplätze ist für die Zeit von einer Stunde vor dem in § 4 und § 5 angelegten Marktbeginn bis zum Erlöschen des Marktes angedeuteten Glockenzeitens verboten.

Amfang und Ende der Marktzeiten

Der Durchgangsverkehr über die Marktplätze ist für die Zeit von einer Stunde vor dem in § 4 und § 5 angelegten Marktbeginn bis zum Erlöschen des Marktes angedeuteten Glockenzeitens verboten.

Amfang und Ende der Marktzeiten

Der Durchgangsverkehr über die Marktplätze ist für die Zeit von einer Stunde vor dem in § 4 und § 5 angelegten Marktbeginn bis zum Erlöschen des Marktes angedeuteten Glockenzeitens verboten.

Der Schweinmarkt

Der Schweinmarkt beginnt in den Monaten April bis einchl. September um 7 Uhr, in den übrigen Monaten um 8 Uhr vormittags bzw. mit Tagesanbruch.

Amfang und Ende der Marktzeiten

Der Durchgangsverkehr über die Marktplätze ist für die Zeit von einer Stunde vor dem in § 4 und § 5 angelegten Marktbeginn bis zum Erlöschen des Marktes angedeuteten Glockenzeitens verboten.

Amfang und Ende der Marktzeiten

Der Durchgangsverkehr über die Marktplätze ist für die Zeit von einer Stunde vor dem in § 4 und § 5 angelegten Marktbeginn bis zum Erlöschen des Marktes angedeuteten Glockenzeitens verboten.

Amfang und Ende der Marktzeiten

Der Durchgangsverkehr über die Marktplätze ist für die Zeit von einer Stunde vor dem in § 4 und § 5 angelegten Marktbeginn bis zum Erlöschen des Marktes angedeuteten Glockenzeitens verboten.

Amfang und Ende der Marktzeiten

Der Durchgangsverkehr über die Marktplätze ist für die Zeit von einer Stunde vor dem in § 4 und § 5 angelegten Marktbeginn bis zum Erlöschen des Marktes angedeuteten Glockenzeitens verboten.

Amfang und Ende der Marktzeiten

Der Durchgangsverkehr über die Marktplätze ist für die Zeit von einer Stunde vor dem in § 4 und § 5 angelegten Marktbeginn bis zum Erlöschen des Marktes angedeuteten Glockenzeitens verboten.

Amfang und Ende der Marktzeiten

Der Durchgangsverkehr über die Marktplätze ist für die Zeit von einer Stunde vor dem in § 4 und § 5 angelegten Marktbeginn bis zum Erlöschen des Marktes angedeuteten Glockenzeitens verboten.

Amfang und Ende der Marktzeiten

Der Durchgangsverkehr über die Marktplätze ist für die Zeit von einer Stunde vor dem in § 4 und § 5 angelegten Marktbeginn bis zum Erlöschen des Marktes angedeuteten Glockenzeitens verboten.

Arbeiter, Angestellte u. Beamte

Arbeiter, Angestellte u. Beamte. Text regarding labor and social issues.

Volksfürsorge

Volksfürsorge. Text regarding social welfare and support.

Mietervereinigung R'ruhe

Mietervereinigung R'ruhe. Text regarding tenant associations.

Sofortige Hilfe

Sofortige Hilfe. Text regarding immediate assistance.

Heilkundige L. Engelhard

Heilkundige L. Engelhard. Text regarding a medical professional.

Erholungsheim der Stadt Karlsruhe

Erholungsheim der Stadt Karlsruhe. Text regarding a recreation home.

Möbel

Möbel. Advertisement for furniture and home decor.